



ANPACKEN. BESSER MACHEN.

DAS REGIERUNGSPROGRAMM 2013–2018



ANPACKEN.
BESSER MACHEN.



DAS REGIERUNGSPROGRAMM DER SPD

DIE POLITIK FÜR DEN WECHSEL IN NIEDERSACHSEN

Beschluss des Landesparteitages am 10.11.2012

Inhalt

I. NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK	3
1. Politik mit Mut zur Zukunft.....	4
2. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft.....	5
II. NEUE BILDUNGSPOLITIK BÜRGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT	8
1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft.....	8
2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben.....	9
3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts.....	12
4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!.....	14
5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens.....	14
6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft.....	15
III. NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG	18
1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke.....	18
2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft.....	18
3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt.....	19
4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen.....	21
5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum.....	22
6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet.....	25
7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität.....	26
8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte.....	28
9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte.....	29
IV. NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH	30
1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt.....	30
2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung.....	31
3. Jugend – Politik mit der Jugend.....	32
4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe.....	33
5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile.....	34
V. NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT	36
1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten.....	36
2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen.....	37
3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention.....	38
4. Gute Pflege für Alle – oberstes Gebot Qualität.....	40
5. Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten.....	41
6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation.....	42
7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche.....	43
8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität.....	43

VI. NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK – FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE..	45
1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts	45
2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen.....	46
3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen.....	47
4. Polizei der Bürger – Garant für öffentliche Sicherheit.....	47
5. Rechtsextremismus – mit allen Mitteln dagegen.....	48
6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft.....	49
7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen.....	51
8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft.....	53
9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten	54
VII. NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN	56
1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik.....	56
2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt	57
3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik.....	58
4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren.....	59
5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft.....	60
6. Netzinfrastuktur – sensible Daseinsvorsorge.....	62
VIII. NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN	64
1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur.....	64
2. Schwarz-gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich.....	65
3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft	65
4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft.....	66
5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen.....	67
6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“	68

I. NIEDERSACHSEN BRAUCHT EINE NEUE POLITIK

Der Bevölkerungs- und Strukturwandel wird unsere Gesellschaft tiefgreifend und umfassend verändern. Der Druck auf gewachsene Strukturen stellt unser Zusammenleben in Stadt und Land unter völlig neue Vorzeichen. Diese Veränderung ist ebenso ökonomisch wie sozial brisant. Sie ist auf absehbare Zeit die beherrschende politische Herausforderung für die Politik unseres Landes. Das gilt – wenn auch in unterschiedlicher Weise – sowohl für die städtischen Ballungsräume als auch für den ländlichen Raum.

Wie bei den meisten anderen politischen Aufgaben, von deren Lösung die Zukunft Niedersachsens und seiner Regionen abhängt, gibt die CDU/FDP-Landesregierung auch beim Umgang mit dem demografischen Wandel keine Orientierung und verharrt im politischen Stillstand: ohne Konzept und Gestaltungswillen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. In der Bildungspolitik mit dem Ballast alter ideologischer Barrieren statt sozialer Gerechtigkeit. Finanzpolitisch verantwortlich für den größten Schuldenanstieg in der Geschichte des Landes und sozialpolitisch für soziale Kälte. Energiepolitisch ohne wirklichen Willen, ernst zu machen mit Atomausstieg und Energiewende. Wo Zukunftskonzepte erforderlich und klares Handeln gefragt wären, schweigt Schwarz-Gelb, sitzt aus und lenkt ab.

Eine solche Politik ohne Gestaltungskraft und Perspektive wirkt lähmend. Ausgrenzung wird zur gesellschaftlichen Erfahrung, nicht nur für Menschen mit Behinderungen. Eltern in Niedersachsen können noch immer nicht darauf vertrauen, dass für ihr Kind ein Krippenplatz zur Verfügung steht. Leider müssen junge Menschen in der Schule, beim Studium oder in der Ausbildung schnell erfahren, dass soziale Chancengleichheit und gleiche Bildungs- und Berufschancen noch immer nicht gelten. Schnell können sie dann beim Einstieg ins Berufsleben zu Opfern eines gespaltenen Arbeitsmarkts werden: wenn es ihnen nicht gelingt, eine Beschäftigung mit verlässlicher Perspektive zu finden.

Wir Niedersachsen stellen fest, dass die Politik der schwarz-gelben Regierung nicht auf die persönlichen Bedürfnisse und Belange der Bürgerinnen und Bürger eingeht. Es ist deprimierend für Frauen und Männer, dass der Weg zu echter Partnerschaft in der Familie sowie zu Gleichberechtigung in Wirtschaft und Gesellschaft immer noch schwierig ist. Politik darf sich nicht damit abfinden, dass traditionelle Rollenbilder fortgeschrieben werden. Auch Jugendliche vermissen Teilhabe und neue Formen der Mitbestimmung. Obwohl die Zahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger steigt, vermitteln konservative Lebensmodelle vor allem die Aussicht auf Ruhestand und Schaukelstuhl statt auf einen neuen aktiven Lebensabschnitt. Und: Obwohl die drängenden gesellschaftlichen Herausforderungen seit Langem bekannt sind, lässt die CDU/FDP-Landesregierung Regionen, Landkreise, Städte und Gemeinden allein und versäumt es, im Dialog mit diesen langfristig tragende regionale Entwicklungsstrategien für die unterschiedlichen Teile Niedersachsens aufzustellen. Sowohl für unsere ländlichen Regionen als auch für die städtischen Zentren fehlt es an einer landespolitischen Zukunftsstrategie.

Ungelöste Probleme sind das Markenzeichen von Schwarz-Gelb: Wer denkt angesichts der Situation in der Gesundheitsversorgung und des Notstands in der Altenpflege nicht mit Sorge an mögliche Erkrankung oder gar drohende Pflegebedürftigkeit? Wer beobachtet nicht mit Skepsis die unsoziale Kostenentwicklung bei der Energiewende oder in der Wohnraumversorgung? Wer hat nicht den finanziellen Kollaps von Kommunen und Kreisen vor Augen, den damit verbundenen Investitionsstau bei Infrastruktur und Daseinsvorsorge? Wer empfindet nicht Beklemmung beim Stillstand in der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund – und dem gleichzeitigen Auftrumpfen der Rechtsextremen? Damit muss Schluss sein.

1. Politik mit Mut zur Zukunft

Niedersachsen braucht endlich wieder eine Politik mit positiven Perspektiven. Niedersachsen braucht eine neue Politik, die der Gesellschaft und den Menschen wieder Mut und Lust auf Zukunft macht. Eine Zukunft, die auf der Grundlage eines gesicherten sozialen Wertesystems Vorsorge trifft, gerechte Rahmenbedingungen und Chancengleichheit schafft, alle mitnimmt, keinen ausgrenzt oder gar zurücklässt. Niedersachsen braucht eine kraftvolle Politik, um die wachsenden Herausforderungen auf beinahe allen gesellschaftlichen Gestaltungsfeldern zu meistern.

Niedersachsen braucht die richtige Politik für den Wechsel:

- Entscheidend ist es dabei, den demografischen Wandel ohne Verlierer zu gestalten.
- In der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt muss Chancengleichheit für alle hergestellt werden.
- Wirtschaft und Wissenschaft brauchen verlässliche Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Innovationen.
- Die Energiewende muss endlich ernsthaft angepackt werden und für die Erneuerbaren Energien gilt es, sozial verträgliche, stabile Versorgungsstrukturen zu entwickeln.
- Die Umweltpolitik muss im sozialen Gleichgewicht Ökologie und Ökonomie ausbalancieren.
- Die Inklusion, die vollständige gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderungen, ist längst überfällig.
- Die Kommunen müssen für die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge leistungsfähig und handlungsfähig ausgestattet sein und in fairer Partnerschaft künftige Herausforderungen bewältigen können.

Die neue Politik für Niedersachsen will keine Verlierer – weder in der Gesellschaft noch in der Fläche des Landes. Klare Prioritätensetzung und durchdachte Hilfestellungen werden als zentrale Aufgaben künftiger Strukturpolitik verhindern, dass ganze Regionen und ihre Bewohner von Entwicklung und Fortschritt abgehängt werden. Deshalb muss die drohende Spaltung des Landes quer durch alle Politikfelder verhindert werden. Unser Ziel ist es, die öffentliche Präsenz in den Regionen unseres Landes mit dezentraler Gestaltungs- und Entscheidungsbefugnis zu stärken. Damit sollen positive Entwicklungen eingeleitet und eine Dynamik des Fortschritts unterstützt werden.

Klare Signale sind auch angesichts der anhaltenden Finanzkrise gefragt. Wir werden im Bundesrat mit aller Kraft dafür eintreten, dass die Verursacher endlich angemessene Beiträge zur Bewältigung der Krise leisten und die Finanzmärkte reguliert werden.

Durch die Finanzkrise ist der Zusammenhalt in Europa und damit die Bedeutung der europäischen Union gewachsen. Ein Großteil der für den Alltag in Niedersachsen wichtigen Gesetzgebungen wird inzwischen in Brüssel entschieden. Dieser wachsenden Bedeutung entspricht die SPD mit einem neuen, starken Landesministerium für Europa, regionale Entwicklung und Landwirtschaft. Es wird den regionalen Strukturwandel in Niedersachsen begleiten, als Ansprechpartner für Europafragen im Land dienen und die niedersächsischen Interessen in Brüssel aktiv vertreten: ob bei der Entwicklung des Agrarlands Niedersachsen, beim VW-Gesetz, den Interessen von Sparkassen und Volksbanken oder den Sozialstandards auf dem Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft.

Die neue Politik für Niedersachsen hängt entscheidend vom finanziellen Gestaltungsspielraum des Landeshaushalts ab. Schwarz-Gelb hat den Schuldenstand des Landes im vergangenen Jahrzehnt um fünfzig Prozent erhöht: Bald sechzig Milliarden Euro und die damit verbundenen Zins- und Tilgungslasten sowie die künftige Schuldenbremse lassen keine weitere Verschlechterung der Einnahmebasis zu. Deshalb schließt die SPD weitere Steuersenkungen oder gar Steuergeschenke aus.

Um politische Gestaltungsspielräume zurückzugewinnen, muss der Landeshaushalt nachhaltig konsolidiert werden. Es ist aber auch Zeit für klare Schwerpunktsetzungen und gezielte Investitionen: für bessere Bildung, also bessere Qualität in Krippen, Kitas, Schulen und Hochschulen; für notwendige Infrastrukturprojekte wie den Netzausbau zum Energietransport; für eine flächendeckende Breitband-Versorgung und für eine moderne Verkehrsinfrastruktur.

Deshalb kämpfen wir auch für mehr Steuergerechtigkeit auf der bundespolitischen Ebene, beispielsweise um die Erhöhung des individuellen Spitzensteuersatzes; aber auch um die Rücknahme von Steuervergünstigungen für Konzerne, Erben und Hoteliers oder um eine Erbschaftsteuer für große Vermögen. Damit verbundenen Verbesserungen der staatlichen Einnahmen im Milliardenbereich kommt nicht nur eine fiskalische Bedeutung zu. Sie werden als gesellschaftspolitische Grundsatzentscheidung auch das Bekenntnis zu einem leistungsfähigen Staat und zu sozialer Gerechtigkeit widerspiegeln.

Gleichzeitig wird die SPD deutlich sagen, wofür keine Haushaltsmittel zur Verfügung stehen. Wir machen keine leeren Versprechungen, sondern sprechen Klartext. Diese Verlässlichkeit wird das politische Handeln einer künftigen sozialdemokratischen Landesregierung kennzeichnen. Die intensive Arbeit daran steht für uns jetzt an, es geht um einschneidende Veränderungen in der Politik. Bei diesem „Paradigmenwechsel“ und auf dem Weg zu verantwortungsbewusstem finanziellen Handeln werden wir alle Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen in einem gemeinsamen Dialog mitnehmen.

Eine SPD-Landesregierung wird einen neuen Anlauf für einen parlamentarischen und gesellschaftlichen Zukunftsdialog über eine nachhaltige Haushaltspolitik unternehmen. Dies schließt ausdrücklich die parteiübergreifende Konsenssuche und konkrete Verabredungen zur Umsetzung der Schuldenbremse ein. Wir werden eine Finanzkommission der Regierung, des Landesparlaments und der Kommunen einrichten, die den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen führt: um Problemlösungen, Effizienzen und Spielräume für zukünftige Haushalte auszuloten.

Genauso wichtig ist der Dialog mit Beschäftigten, Personalräten und Gewerkschaften. Nur so wird es in Zukunft gelingen, Maßnahmen für wichtige landespolitische Handlungsfelder und Handlungsnotwendigkeiten zu verabreden und öffentliche Beschäftigung zu sichern. Der Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik verlangt neue Wege und erfordert eine neue Kommunikation.

2. Neues Regieren im Dialog mit der Gesellschaft

Niedersachsen braucht nicht nur eine neue, kraftvolle Politik mit innovativer Gestaltungskraft und positiver Perspektive für alle Menschen. Es müssen auch die alten schwarz-gelben Strukturen des Stillstands und der gesellschaftlichen Teilnahmslosigkeit beseitigt werden. Niedersachsen braucht einen zeitgemäßen, transparenten, auf Kooperation und Integration gerichteten – einen neuen Regierungsstil: im Dialog mit der Gesellschaft und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Für die SPD heißt Regieren im 21. Jahrhundert nicht, auf Sicht zu steuern, sondern die Zukunft fest im Blick zu haben. Die Geschwindigkeit von Entwicklungen und die Krisenanfälligkeit kurzatmiger Entscheidungen engen im Zeitalter von Globalisierung, weltweiter Kommunikation und Datenvernetzung die Gestaltungszeit und Gestaltungsmöglichkeit staatlichen und öffentlichen Handelns ohnehin ein. Deshalb sind gesicherte Wertekoordinaten und gefestigte Zielperspektiven nötig, um die Rolle des aktiven, solidarischen Staats zurückzugewinnen.

Die Auflösung alter Strukturen in der Lebens- und Arbeitswelt erfordern neues Denken und Handeln. Die SPD will vor allem das Primat des politischen Handelns zurückgewinnen, um der Gesellschaft und dem Gemeinwesen neue soziale, demokratische Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Es kann nicht so weiter gehen, dass die permanente Krise der Finanzmärkte Staat und Gesellschaft in andauernde Geiselnhaft nimmt, sie in die Defensive drängt und ihr kurzatmige Reaktionen aufzwingt. Neues Regieren heißt, den aktiven Staat durch tragfähiges Krisenmanagement und zukunftsfähiges Handeln in die Führungsrolle zu bringen.

Dabei gilt: Was für die Lebensverhältnisse in der kleinsten niedersächsischen Kommune und der größten Metropolregion wichtig ist, ist auch für Deutschland, Europa und letztlich global entscheidend: vor allem soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit auf allen Ebenen des staatlichen Handelns wiederherzustellen – und damit die Voraussetzungen für weitestgehend gleiche Lebensverhältnisse aller Menschen zu schaffen.

Das Versprechen von Offenheit, Transparenz und Gerechtigkeit im Regierungshandeln kann dabei nur eine Seite der Medaille sein. Nach Überzeugung der SPD braucht das neue Regieren darüber hinaus viele kluge Köpfe – über Kabinett, Parlament und Partei hinaus. Deshalb wird eine SPD-Landesregierung alle Teile der Gesellschaft einladen, mitzuarbeiten an einem zukunftsfähigen Niedersachsen: Sozialverbände und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, Kirchen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen sowie Städte, Gemeinden, Landkreise und Regionen mit ihrer lokalen und regionalen Kompetenz.

Die SPD ist eine offene Partei, die einen neuen gesellschaftspolitischen Dialog sucht, einen Aufbruch aus dem Korsett konservativ-liberaler Arroganz, Ausgrenzung und Privilegierung. Es muss ein Ende haben mit politischer Teilnahmslosigkeit und Desinteresse in Teilen der Gesellschaft. Die SPD will die Menschen erreichen und überzeugen, Interesse und Engagement wecken: die Motivation mitzubestimmen, für sich und andere einzutreten. Sie bietet einen ständigen konstruktiven Dialog an – und wird ihn abfordern.

So kann die Energiewende – ein Beispiel für viele Politikfelder – nur dann gelingen, wenn alles Wissen und alle Kräfte für diese große Aufgabe gebündelt werden. Nicht nur die staatlichen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen müssen ihr Handeln an diesem gemeinsamen Ziel ausrichten. Auch die engagierten Teile der Gesellschaft, Energiewirtschaft, Industrie und Wissenschaft, Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände, sind gefordert und verpflichtet, dabei eine aktive, konstruktive Rolle zu übernehmen. Und nicht zuletzt müssen auch die Bürgerinnen und Bürger ein gewichtiges Wort am Runden Tisch der Energiewende sprechen können.

Die Grundlagen heutiger politischer Entscheidungsfähigkeit in einem aktiven Staat, das neue Regieren im Dialog, bestehen nicht nur in solider Werteorientierung, dem Mut zur Entscheidung und dem Abschied von sogenanntem Herrschaftswissen. Auch darf sich der Dialog nicht auf gelegentliche Bürgerentscheide beschränken. Ein ernst gemeinter Dialog fordert politisches Engagement ein und erfordert im wahren Sinne des Wortes: Bürgerbeteiligung – die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich das Gemeinwesen wieder aktiv zu eigen zu machen.

Mit ihrem Regierungshandeln wird die SPD in Niedersachsen dazu anstoßen. Dialog, Kooperation, Teilhabe und Mitbestimmung sind erforderlich, um das Land und die Gesellschaft neu zu gestalten. Gleichzeitig braucht es den Willen, Politik für Niedersachsen auch durch neue, frühzeitige niedersächsische Impulse für die Gesetzgebung auf Bundes- und vor allem Europaebene zu gestalten. Mit unserer neuen Politik für Niedersachsen werden wir Sozialdemokraten dafür sorgen, dass die Stimme der niedersächsischen Bürger besser gehört und das Europa der Bürger gestärkt wird.

Das vorliegende Programm für die Regierungsverantwortung der SPD beschreibt die großen Ziele einer neuen Politik für Niedersachsen und seine Menschen. Es ist ein Dokument des Gestaltungswillens in der Tradition des sozialdemokratischen Wertekanons von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Der politische Wechsel in Niedersachsen ist überfällig und es gilt, ihn anzupacken. Insofern sind die Landtagswahlen am 20. Januar 2013 ein Signal des Aufbruchs: nicht nur für die SPD, sondern für alle Teile der Gesellschaft.

II. NEUE BILDUNGSPOLITIK BÜRGT FÜR CHANCENGLEICHHEIT

1. Bildung – Basis der innovativen Gesellschaft

Sozialdemokratische Bildungspolitik will allen Kindern und Jugendlichen Chancengleichheit durch intensive Förderung ihrer Talente und Fähigkeiten bieten. Das ist nur dann zu erreichen, wenn gute Lernbedingungen den Bildungswillen der Heranwachsenden stärken und ermutigen. Ein hoher Bildungsstandard ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsausbildung und für die Entwicklung selbstbewusster Persönlichkeiten, die sich aktiv am kulturellen, sozialen und politischen Leben beteiligen können.

Die SPD geht davon aus, dass alle Menschen im Grundsatz wiss- und lernbegierig sind. Chancen verwirklichen sich aber nicht von selbst. Jede demokratische und hoch entwickelte Gesellschaft muss an ihre Mitglieder Leistungsanforderungen stellen, auf deren Erfüllung achten und die jungen Menschen in diesem Sinne erziehen. Ein solches Leistungsverständnis blendet die sozialen Zusammenhänge menschlicher Tätigkeit nicht aus. Es erweitert die Möglichkeiten menschlicher Selbstverwirklichung und Lebenserfüllung in sozialer Verantwortung und steht somit gegen ein auf die Spitze getriebenes Konkurrenzprinzip.

So gesehen ist ein guter Bildungsstand der Gesellschaft die beste Voraussetzung für eine gute Entwicklung des Landes. Das gilt für die individuellen Entfaltungschancen. Das gilt aber ebenso für die Wirtschaft und ihren Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Gute Bildung ist die Basis einer innovativen, demokratischen und sozialen Gesellschaft – und zugleich die Chance auf wirtschaftliche Prosperität. Die Anstrengungen für eine gute Bildung beginnen im frühkindlichen Stadium, in der Krippe und der Kita, umfassen Schule, Hochschule, Ausbildung und schließen Erwachsenenbildung ein.

Sozialdemokratische Bildungspolitik wird daher

- für eine bedarfsgerechte verlässliche und qualitätsvolle frühkindliche Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten eintreten,
- die schrittweise Umwandlung aller allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen vorantreiben,
- für alle Bildungseinrichtungen die Inklusion voranbringen und dazu die notwendigen Voraussetzungen schaffen,
- den Ausbau muttersprachlicher Förderung vorantreiben,
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien fördern, um ihre Chancen zu verbessern,
- den Status Niedersachsen als Schlusslicht in Bezug auf die Betreuung durch Schulpsychologinnen und Schulpsychologen beenden,
- die Errichtung von Gesamtschulen am Elternwillen ausrichten,
- die berufliche Bildung fördern, um den skandalös hohen Anteil von scheiternden Jugendlichen zu senken,

- Initiativen ergreifen, um Fehlanreize wie das Betreuungsgeld zu verhindern,
- eine moderne Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und neue pädagogische Kooperationsmodelle gewährleisten,
- die Hochschulen öffnen und eine solide Finanzierung von Lehre und Forschung sichern.

Die schwarz-gelbe Koalition hat dem Land Bildungsarmut beschert. Das wird am deutlichsten beim Analphabetismus – fast jeder zehnte Niedersachse hat Probleme beim Lesen und Schreiben. Mehr als 5.000 Jugendliche verlassen jährlich die Schule ohne Hauptschulabschluss. Um die 40.000 junge Leute stehen ohne Ausbildungsberuf da. All das wirft ein erschreckendes Licht auf das Bildungssystem des Landes und auf die Bedingungen, unter denen viele junge Menschen aufwachsen.

In Regie von Schwarz-Gelb verhindert die Schulstruktur noch immer stärker als in anderen Bundesländern die Durchlässigkeit zwischen den Bildungswegen – fast zwölfmal mehr Kinder müssen die Schulform abwärts wechseln als umgekehrt. Noch immer haben Kinder aus oberen Sozialschichten eine mehr als fünffach bessere Aussicht auf das Gymnasium als Kinder aus sogenannten einfachen Verhältnissen. Noch immer ist der Weg an die Hochschulen für Kinder aus Arbeiter- und Migrantenfamilien steinig – und durch Studiengebühren ist er für viele ganz verbaut.

Niedersachsen muss die Bildungspotenziale aller jungen Menschen besser fördern und das Bildungsgefälle abbauen:

- durch mehr Bildungsqualität auf allen Ebenen – von der Kita bis zur Hochschule,
- durch Chancengleichheit für alle, besonders für sozial Benachteiligte und junge Menschen mit Behinderung (Inklusion).

2. Frühkindliche Bildung und Schule – gute Startchancen ins Leben

Die SPD wird alle ideologischen Grabenkämpfe um Bildung, Ausbildung und Schule beenden und die Zukunft der Kinder in den Mittelpunkt rücken. Ihr bildungspolitisches Ziel Nr. 1 lautet: Alle Schülerinnen und Schüler müssen einen Schulabschluss und eine gute Berufsvorbereitung bekommen. Eine gute Schulbildung garantiert gute Startchancen ins Berufsleben. Die Grundlagen dafür werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Frühkindliche Förderung ist ein Türöffner für erfolgreiche Bildungslaufbahnen. Doch der Mangel beginnt schon bei der Versorgungsquote mit Krippenplätzen. Hier liegt Niedersachsen mit 19,1 % für Kinder unter drei Jahren im Bundesvergleich auf dem vorletzten Platz.

Eine SPD-Landesregierung will deshalb:

- den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren,
- ein Konzept zur Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern vorlegen,
- den Personalschlüssel in Krippen landesweit flächendeckend verbessern. Wir werden schrittweise sicherstellen, dass es zum Standard in jeder Kommune gehört, in den Krippengruppen für maximal fünf Krippenkinder jeweils eine Erzieherin oder einen Erzieher einzusetzen,
- Kita-Gruppengrößen für Kinder von drei bis sechs Jahren reduzieren,

- die Zusammenarbeit zwischen Kita und Grundschule stärken,
- die Inklusion auch in der frühkindlichen Bildung umsetzen.

Auf allen Ebenen der schulischen Bildung folgt die SPD dem Leitbild „Gute Schule“. Nach diesem Leitbild soll die niedersächsische Schullandschaft bedarfsgerecht und regional anpassungsfähig gestaltet werden, sie soll individuelle und soziale Chancengleichheit eröffnen und damit durchlässig werden. Dies schließt ebenfalls auf allen Ebenen der frühkindlichen und schulischen Bildung die Inklusion, den gemeinsamen Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderungen als Selbstverständlichkeit ein. (*siehe dazu Kapitel V.1*).

Eine SPD-Landesregierung wird zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich:

- in einem Aktionsprogramm Schritte und zeitlichen Rahmen der inklusiven Bildung festlegen. Das Programm wird im Dialog mit den Betroffenen, Eltern, kommunalen Spitzenverbänden, Landesbehindertenbeauftragten und Verbänden entwickelt,
- im Kultusministerium einen „Inklusionsbeirat“ einrichten, um die Auswirkungen des Gesetzes zur Einführung der inklusiven Schule zu begleiten,
- in allen Kindertagesstätten und Schulen bedarfsgerecht Personal sicherstellen und die Gruppen- und Klassengrößen deutlich senken,
- ein Investitionsprogramm über die Barrierefreiheit für eine inklusive Ganztagsgrundschule als Teilfinanzierungsprogramm für Schulträger auflegen.

Fundament der „Guten Schule“ ist eine Lehrerinnen- und Lehrerbildung, die an die veränderte Schullandschaft angepasst ist – an neue Familien- und Erziehungsstrukturen, heterogenere Zusammensetzung der Klassen, die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund und die Verwirklichung der Inklusion. Mangelnder Praxisbezug im Studium oder Probleme beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium müssen der Vergangenheit angehören.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

- ein Lehrerbildungsgesetz auf den Weg bringen, um die Lehrerbildung praxisnah zu modernisieren. Lehrkräfte müssen die Kompetenz erwerben, sich am Förderbedarf der einzelnen Schüler auch im Rahmen der Inklusion zu orientieren. Fakultätsübergreifende Zentren für Lehrerbildung und Schulforschung an den Universitäten sollen diese Ausbildungsziele sichern.

„Gute Schule“ fördert Teamwork und eine kooperative Arbeitsweise als moderne Formen von Leistungsprüfung. Sie ergänzt das pädagogische Konzept mit präventiver Hilfestellung durch Sozialarbeiter, Psychologen und Beratungslehrer für alle Schulformen. Dabei ist verlässliche, schulische Sozialarbeit eine Landesaufgabe. Sie kann und sollte selbstverständlich mit der örtlichen Jugendhilfe kooperieren.

► **Grundschule**

Grundschulen sind das Fundament der „Guten Schule“. Deshalb stehen sie bei der Einführung qualitativer hochwertiger Ganztagschulen an erster Stelle.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- dafür eintreten, dass die pädagogische Arbeit an den Grundschulen an einer optimalen Förderung jedes einzelnen Kindes ausgerichtet wird,
- ein Konzept für kleine und kleinste Grundschulstandorte erarbeiten, nach dem die Anrechnungsstunden für Schulleitungen bei der Schulzusammenlegung erhalten bleiben und die Lehrersollstunden anteilig als Vertretungsreserve für eine Unterrichtsgarantie im vollen Umfang der Stundentafel verwendet werden,
- die förmliche Grundschulempfehlung für die weiterführende Schulform abschaffen und nur noch in Form eines Beratungsgesprächs mit den Eltern weiterführen. Individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler sollen Abschlüssen und Sitzenbleiben ersetzen.

▶ **Integrierte und kooperative Gesamtschule**

Die Benachteiligung der Integrierten Gesamtschulen wird rückgängig gemacht.

Eine SPD-Landesregierung wird u. a.:

- die Fünfüzigkeit als Voraussetzung für Gesamtschulen abschaffen und stattdessen Vier-, in Ausnahmefällen auch Dreizüchtigkeit zulassen,
- das Abitur nach neun Jahren an Gesamtschulen wieder einführen,
- kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit zur Weiterentwicklung und zur schulzweigübergreifenden Arbeit geben.

▶ **Oberschule**

Wo Eltern und kommunale Schulträger dies wünschen, werden Oberschulen auch künftig möglich sein.

▶ **Gymnasium**

Gymnasien genießen große Akzeptanz bei Eltern und Schülern. Dort kann das Abitur auch nach acht Jahren abgelegt werden. Damit bleibt das Angebot bestehen, mit Gesamtschule oder Gymnasium unterschiedliche Geschwindigkeiten zum Abitur zu wählen. Eine SPD-Landesregierung wird außerdem prüfen, ob die Oberstufe so reformiert werden kann, dass Schülerinnen und Schüler nach eigenem Ermessen das Kurssystem der Oberstufe in zwei oder drei Jahren durchlaufen können.

▶ **Ganztagsschule**

Die SPD will es allen Schulen ermöglichen, echte, gebundene Ganztagsschulen zu werden. Da dies unter den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in einem Schritt zu leisten ist, wird der Ausbau einem Prioritäten- und Stufenplan folgen. Dabei finden Grundschulen neben integrierten Gesamtschulen vorrangig Berücksichtigung. Ebenfalls Priorität werden Schulen mit hohem Bedarf an Ganztagsbetreuung mit vollwertiger Förderung erhalten. Dies sind Schulen, die von vielen Kindern mit Migrationshintergrund oder mit erhöhtem Armutsrisiko besucht werden.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- alle Integrierten Gesamtschulen und vorrangig auch die Grundschulen zu Ganztagschulen ausbauen,
- Möglichkeiten ausloten, für Ganztagschulen eine enge Kooperation mit benachbarten Horten einzurichten.

3. Hochschulen – Kraftwerke des Fortschritts

Hochschulen sind Orte des Wissens und der gesellschaftlichen Orientierung. Sie dienen der Demokratie und dem gesellschaftlichen Fortschritt. Hochschulen sind Zukunftswerkstätten für Innovationen, bilden hochqualifizierte Fachkräfte aus, sichern den wissenschaftlichen Nachwuchs und fördern den internationalen Austausch. Ihre Leistungsfähigkeit, ihre Lösungs- und Gestaltungskompetenz sind entscheidend für die Entwicklung des Landes. Investitionen in Wissenschaft und Bildung haben deshalb für die SPD Priorität.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat Forschung und Lehre vernachlässigt. Niedersachsen bildet zu wenig Akademiker aus. Trotz Hochschulpakt fehlen Studienplätze, besonders an den Fachhochschulen. Das Festhalten an Studiengebühren treibt jedes Jahr Studierwillige über die Landesgrenzen und verschärft so den Fachkräftemangel. Niedersachsen schneidet im Bundesvergleich bei der Qualifikation seiner Beschäftigten ebenso unterdurchschnittlich ab wie bei der Innovationskraft seiner Wirtschaft. Diesen Trend will die SPD durch Öffnung der Hochschulen umkehren.

Unter der schwarz-gelben Landesregierung haben Senate und Selbstverwaltungsgremien an den Hochschulen zunehmend an Einfluss verloren. Die SPD bekennt sich zu Hochschulen als Orte, an denen Demokratie erfahren und gesellschaftliche Verantwortung gelebt werden kann. Dazu gehört auch eine wirksame Selbstkontrolle bezüglich des verantwortungsvollen Umgangs mit der Freiheit der Forschung. Die verfasste Studentenschaft ist Kern der Selbstverwaltung der Studierenden.

Die SPD bekräftigt die staatliche Verantwortung für die Hochschulen. Es wird unter ihrer Regierungsverantwortung wieder eine Landeshochschulplanung geben mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Niedersachsen zu stärken und die öffentlichen Mittel effizient für ein bedarfs- und zukunftsgerichtetes Bildungsangebot einzusetzen.

Hochschulen sind Kraftwerke des Fortschritts. Doch richtig unter Dampf stehen sie nur, wenn sie allen jungen Menschen offen stehen; wenn alle die gleichen Chancen auf ein Studium erhalten; wenn Forschung und Lehre in einem Klima von Kooperation und Kommunikation stattfinden können; wenn der wissenschaftliche Nachwuchs, insbesondere junge Frauen, gesicherte Berufsperspektiven und familienfreundliche Bedingungen vorfindet; und wenn nicht zuletzt eine langfristig verlässliche Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen gesichert ist.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Studiengebühren spätestens 2014/2015 abschaffen, damit kein junger Mensch aus finanziellen Gründen vom Studium ausgeschlossen bleibt. Der finanzielle Ausfall für die Hochschulen wird zweckgebunden zur Verbesserung der Lehre ausgeglichen,
- die Hochschulen stärker für beruflich Qualifizierte und für Weiterbildung öffnen. Anrechnungsverfahren der im Beruf erworbenen Kompetenzen werden verbessert

und Hochschulen werden dabei unterstützt, für beruflich Qualifizierte neue, berufs begleitende Studienangebote zu entwickeln. Die offene Hochschule ist für die SPD die Hochschule der Zukunft,

- die Bologna-Studienreform weiterentwickeln und die Defizite in ihrer praktischen Umsetzung beheben. Ziel ist eine zeitlich flexible, an Ausbildungszielen wie Berufsfähigkeit orientierte Studiendauer sowie die Sicherstellung von wissenschaftlichen Freiräumen im Studium. Der Übergang zum Master kommt auf den Prüfstand, starre Quoten sind abzulehnen. Alle Bachelorabsolventinnen und -absolventen aus Niedersachsen brauchen eine realistische Chance auf einen Masterplatz. Die Bologna-Reform darf nicht das Abschneiden des Studiums nach dem BA bedeuten,
- mehr Geschlechtergerechtigkeit auf allen Stufen des Wissenschaftssystems durchsetzen. Hierzu gehören Gleichstellungsstandards in der Forschungsförderung, ein Juniorprofessorinnen-Programm und die Einführung einer verbindlichen flexiblen Quote für die Wissenschaft. Geschlechtergerechtigkeit muss endlich zur Selbstverständlichkeit in der Wissenschaft werden,
- den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern, die Juniorprofessur als Karriereweg stärken und mit den Universitäten den Ausbau des Tenure Track vereinbaren,
- den Anteil prekärer Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen abbauen. In der Wissenschaft müssen das Leitbild „Gute Arbeit“ gelten und prekäre Arbeitsverhältnisse zurückgedrängt werden. Es soll möglich sein, in Tarifverträgen Vereinbarungen für mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse im Wissenschaftsbereich abzuschließen,
- ein Fachhochschulentwicklungsprogramm auflegen und die Potenziale von Fachhochschulen für regionale Entwicklung nutzen. Bestehende Standorte werden ausgebaut und neue Studienangebote vor allem in den anspruchsvollen Erzieher-, Sozial- und Gesundheitsberufen geschaffen. Die Forschung an Fachhochschulen wird besser gefördert und die gute Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ausgebaut. Hochschulpolitik ist für die SPD auch Standort- und Strukturpolitik.

Die SPD begreift Bildung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine SPD-Landesregierung wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass

- das unsinnige Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern in Wissenschaft und Bildung wieder abgeschafft wird. Zukünftig soll der Bund Schulen und Hochschulen direkt und unbefristet fördern können,
- der gemeinsam von Bund und Ländern finanzierte Hochschulpakt zur Schaffung von Studienplätzen fortgeführt und parallel die soziale Infrastruktur bei den Studentenwerken ausgebaut wird.

4. Berufliche Bildung – alle mitnehmen!

Die SPD bekennt sich zum Prinzip der dualen Berufsausbildung gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben. Dafür sollen die Angebote der Berufsbildenden Schulen enger dem jeweiligen regionalen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Bedarf folgen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb

- die Berufsbildenden Schulen gemeinsam mit den Ausbildungsbetrieben zu Kompetenzzentren mit garantierten Qualitätsstandards ausbauen und über starke Bildungsregionen alle Bildungseinrichtungen bis hin zur Kinder- und Jugendhilfe zu einem Qualifizierungsnetzwerk verknüpfen.

Alle mitnehmen! Das ist das wichtigste Ziel der SPD bei der Berufsausbildung. Gelingen kann dies nur in enger Kooperation mit den Akteuren der beruflichen Bildung, den Gewerkschaften und ausbildenden Betrieben. Außerdem will die SPD im engen Austausch mit den Schulträgern ein regionales Übergangsmanagement entwickeln. Sie will Jugendlichen die Chance auf eine qualifizierte Ausbildung geben, die trotz Ausbildungsreife und mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche keinen Ausbildungsplatz im dualen Ausbildungssystem gefunden haben. Gleichzeitig soll die hohe Abbruchquote im ersten Ausbildungsjahr verringert werden.

Eine SPD-Landesregierung wird dazu folgende Maßnahmen ergreifen:

- spätestens ab Klasse acht eine intensivere Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen einführen,
- die Schulsozialarbeit als Aufgabe des Landes an allen allgemeinbildenden Schulen und auch an den berufsbildenden Schulen ausbauen,
- flächendeckende Angebote zur Unterstützung benachteiligter Jugendlicher in einer betrieblichen Ausbildung entwickeln und damit die duale Ausbildung stärken,
- für Schulabgänger ohne Lehrstelle die Möglichkeit stärken, in einer Berufsfachschule ein erstes Ausbildungsjahr zu absolvieren. Anschließend sollen die Jugendlichen in Absprache mit den Ausbildungsbetrieben direkt ins zweite Lehrjahr einsteigen. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie für alle.
- Wir streben an, dass die Erstausbildung schulgeldfrei wird.

5. Erwachsenenbildung – Grundpfeiler lebenslangen Lernens

Die Erwachsenenbildung folgt dem Gesellschaftsbild des lebenslangen Lernens und dient der Entfaltung der Persönlichkeit. Eine SPD-Landesregierung wird die anerkannten Einrichtungen des Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetzes (NEBG) weiter stärken. Fördermittel sollen so eingesetzt werden, dass Bildungsangebote erweitert und neue Zielgruppen erreicht werden.

Die Gestaltung des demografischen Wandels, Integration von Einwanderern, Bekämpfung des Analphabetismus, Unterstützung der Energiewende: Es gibt zahlreiche neue und anspruchsvolle Aufgaben für die Erwachsenenbildung. Mit ihren Qualifizierungsangeboten soll sie die Menschen bei der Bewältigung des komplexen Alltags unterstützen. Auch der Bildungsurlaub wird in diesem Zusammenhang wieder eine stärkere Bedeutung erhalten.

Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus besonderes Gewicht auf folgende Aufgaben der Erwachsenenbildung legen:

- Zusammenarbeit mit Hochschulen bei ihrer Öffnung für Menschen ohne klassischen Hochschulzugang, aber mit Ausbildung und Berufspraxis,
- Qualifizierung von Fachpersonal und Tagesmüttern für die frühkindliche und schulische Bildung,
- Weiterentwicklung der Agentur für Erwachsenen- und Weiterbildung zur Dienstleistungs- und Planungsagentur. Sie soll die inhaltlichen Schwerpunkte und die Aufgaben der Erwachsenenbildung in enger Abstimmung zwischen Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Verbänden koordinieren sowie die Verwendung von Landesmitteln überprüfen.

Eine SPD-Landesregierung wird es nicht länger hinnehmen, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in öffentlich geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung zum Teil nicht tarifgerecht beschäftigt und nicht existenzsichernd entlohnt werden. Darüber hinaus muss vor allem die soziale Absicherung der vielen freiberuflichen Honorardozentinnen und Honorardozenten dringend verbessert werden. Sie wird

- als Kriterium für die öffentliche Anerkennung einer Einrichtung der Erwachsenenbildung das Prinzip der Tarifgebundenheit im Niedersächsischen Erwachsenenbildungsgesetz prüfen.

6. Kultur- und Medienpolitik – Triebfedern der kreativen Gesellschaft

Kunst und Kultur sind Triebfedern unserer kreativen Gesellschaft. In der Begegnung mit den Künsten werden Wahrnehmungssensibilität, emotionale Intelligenz, Mut zur eigenen Meinung, Offenheit und Toleranz herausgebildet. Kunst und Kultur dürfen nicht elitären Schranken unterliegen, sondern müssen allgemeiner Gegenstand von Bildung und Teilhabe sein – in aller Freiheit, aber mit staatlicher Förderung. Kulturelle Bildung ist besonders für Kinder und Jugendliche wichtig. Deshalb ist sie ein wesentlicher Bestandteil des Bildungsauftrags der Schulen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Kulturförderung im Landeshaushalt absichern und bei entsprechenden finanziellen Spielräumen erweitern,
- den Musik- und Kunstunterricht stärken und die Begegnung mit kulturellen Projekten deutlicher im Schulalltag verankern,
- eine flächendeckende kulturelle Grundversorgung mit Bibliotheken, Theatern, Kunst- und Musikschulen oder Museen in einem Kulturfördergesetz sichern.

Die niedersächsische Gesellschaft ist bunter geworden: Über den eigenen Schatz an kulturellen Traditionen hat Zuwanderung aus aller Welt das Land mit neuen Bräuchen und Kulturen bereichert. Mehrsprachigkeit, Interkulturalität und kulturelle Vielfalt sind ein Gewinn für uns alle. Ihre Wertschätzung verhindert die Ausgrenzung von Minderheiten und die Bildung von Parallelgesellschaften.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Kultur als Instrument der Integration offensiv nutzen. Sie wird die Freiräume dafür schaffen und die Begegnung von Kulturen ermöglichen.

Niedersachsen ist ein Land der Künste. Künstler und Musiker prägen maßgeblich die Kunst und Kultur der Gesellschaft. Sie brauchen Arbeits-, Ausstellungs- und Auftrittsmöglichkeiten sowie Proberäume, Ateliers und Stipendien. Moderne Künstlerförderung stellt Maßnahmen zur beruflichen Entwicklung von Künstlerpersönlichkeiten in den Mittelpunkt und setzt auf maßgeschneiderte Instrumente in den Sparten Musik, Tanz, Theater, Literatur, bildende Kunst und Medien. Eine SPD-Landesregierung wird

- sich für eine verstärkte Förderung von Künstlerinnen und Künstlern in allen Kultursparten einsetzen und für eine bessere Vernetzung von Kultur- und Kreativwirtschaft sorgen.

Auch unabhängige, verantwortungsbewusste und starke Medien dienen der Bildung – der Meinungsbildung durch Information und Nachricht. Die niedersächsischen Presseverlage und Medienhäuser, der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Bürgerrundfunk stehen für Meinungsvielfalt und unabhängige Informationen. Ihre Berichterstattung über Lokales und Regionales stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist für demokratische Prozesse der Willensbildung wichtig. Die SPD wird die Verflechtungen und Anforderungen einer digitalisierten Medienwelt sowie die wachsende Verschmelzung von Presse, Rundfunk und Internet aufmerksam verfolgen und kritisch begleiten.

Eine SPD-Landesregierung

- stärkt den Journalismus und unterstützt die Online-Aktivitäten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Bürgersender.

Nur Bildung kann dafür sorgen, dass die neuen digitalen Medien souverän genutzt werden. Medienkompetenz ist die Schlüsselqualifikation für digitale Teilhabe. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen dazu die Chance erhalten. Medien- und Informationskompetenz ist als Bildungs- und Kulturtechnik in Niedersachsen nachhaltig zu verankern und auszubauen.

Die Debatte über die Nutzung der digitalen Medien durch Kinder und Jugendliche darf sich nicht allein auf Probleme und Risiken beziehen. Die digitale Jugendkultur mit ihren kreativen Möglichkeiten zeigt überwiegend positive Ergebnisse. Es geht bei der Alltagsnutzung des Internets nicht darum zu verhindern, was nicht zu verhindern ist – sondern um einen aufgeklärten, verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Medien: Medienkompetenz bietet im Internet den besten Schutz vor kinder- und jugendgefährdenden Inhalten. Die medienpädagogische Arbeit muss in der frühkindlichen Bildungsphase ansetzen und an den Schulen durch fächer- und jahrgangsübergreifende Medienbildung zum verbindlichen Unterrichtsthema werden. Das erfordert bei der Bildung der Lehrerinnen und Lehrer eine ebenso verbindliche Verankerung von medienpädagogischen Inhalten und Zielen.

Eine SPD-Landesregierung

- wird ein Konzept zur Vermittlung von Medien- und Informationskompetenz umsetzen, das alle Bausteine der Bildung und des lebenslangen Lernens verankert.
- will den Einsatz von digitalisierten Lernmaterialien in der Schule, die als offene Lizenzen von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern genutzt werden können, vorantreiben. Dafür wollen wir auch Wege prüfen, wie der Einsatz von Tablets und Laptops gestärkt werden kann.

Die SPD setzt sich weiter für eine Modernisierung des Urheberrechts in der digitalen Gesellschaft ein, das Kreative und Urheber stärkt und das Recht mit neuen digitalen Nutzungspraktiken in Einklang bringt. Ziel ist es, einen fairen und gerechten Ausgleich der Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern sicherzustellen.

Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung und öffnet Zugänge zu komplexen Lebenswelten. Durch kulturelle Bildung kann der Umgang mit komplexen gesellschaftlichen Veränderungen erlernt werden. Medienbildung als Teil der kulturellen Bildung ermöglicht Jung und Alt, sich in einer medial geprägten Gesellschaft zurechtzufinden.

Die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung war ein Fehler, weil die politische Bildung adäquate Instrumente braucht, um der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Kulturelle und politische Bildung müssen zusammengedacht werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- eine zentrale Institution für politische Bildung schaffen, die im Sinne eines umfassenden Gesamtkonzepts der politischen Bildung und Medienkompetenz lebensbegleitendes Lernen als Baustein für Demokratie und gerechte Teilhabe fördert, auch um Schulen und Bildungseinrichtungen konkrete Hilfen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu bieten.

III. NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK BEGINNT BEI BILDUNG

1. Wirtschaft im Wandel – nachhaltig zu neuer Stärke

Der Wandel zur intelligenten Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft gelingt nur, wenn die Stärken und die Vielfalt der Regionen zum Tragen kommen. Schneller als je zuvor verändern sich Wirtschafts- Arbeits- und Lebenswelten durch technische Innovationen und wissenschaftlichen Fortschritt. Qualifikation und Bildung müssen Schritt halten.

Der Bevölkerungswandel wird in vielen Regionen des Landes grundlegende Veränderungen bewirken. Eine ausgleichende Politik stellt sich der Gestaltungsaufgabe, das Zusammenleben auf einer wirtschaftlich starken, chancengleichen Grundlage zu sichern.

Schwindende Rohstoffe, Klimawandel und der Atomausstieg erfordern neues Wirtschaften. Die Umgestaltung des Wirtschaftssystems mit dem Umstieg auf Erneuerbare Energien ist eine gewaltige Aufgabe – zugleich aber auch die Jahrhundertchance, mit einer neuen Politik das Land auf Zukunftskurs zu bringen.

Niedersachsen bietet alle Voraussetzungen, bei allen Veränderungen ein starkes Land zu bleiben. Die Wirtschaft ist leistungsfähig, niedersächsische Unternehmen behaupten sich auf dem Weltmarkt. Die Wissenschaft hat einen hervorragenden Ruf, die Hochschulen des Landes betreiben Forschung und Lehre auf internationalem Niveau. Allerdings sind die Potenziale des Landes bei weitem nicht ausgeschöpft.

Niedersachsen muss unter den Bedingungen der Globalisierung den Anschluss an internationalen Spitzenstandard halten – aber auch in manchen Bereichen noch herstellen. Dafür ist es notwendig, die Qualitäten des Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnstandortes Niedersachsen zu bündeln. Das wird über den künftigen Wohlstand des Landes mitentscheiden.

Die SPD setzt auf eine neue, mit den Regionen abgestimmte Wirtschafts- und Strukturpolitik. Sie will die Weichen für ein innovationsorientiertes, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum stellen. Niedersachsen muss stärker werden und menschlich bleiben.

2. Schwarz-Gelb – ohne Konzept und Gestaltungskraft

Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Illusion selbstregulierender Märkte zerstört. Statt ihren Kräften freien Lauf zu lassen, brauchen sie einen festen Rahmen. Die Krise erfordert Gestaltungskraft und entschlossenes Handeln, damit destabilisierte Märkte nicht länger durch massiven Einsatz von Steuergeldern lebensfähig gehalten werden müssen.

Doch dafür hat Schwarz-Gelb kein Konzept. Es fehlen Ideen und Durchsetzungswillen. Stattdessen beherrschen Wildwuchs und Widersprüchlichkeit die Entscheidungen, Strukturen und Zuständigkeiten. Bestes Beispiel dafür ist die Energiewende. Statt einem Masterplan zu folgen, arbeiten Wirtschafts-, Wissenschafts- und Umweltressort nebeneinander her, zum Teil gegeneinander und jedenfalls ohne Zielorientierung. Während Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher sichere, saubere und bezahlbare Energie benötigen, ist Niedersachsen das einzige Bundesland ohne Klimaschutzprogramm. Statt den Netzausbau entschlossen voranzutreiben, erfolgt unverantwortliches Aussitzen.

Der gegenwärtigen Landesregierung fehlt eine durchdachte Innovationsstrategie für die Wirtschaft: Es fehlt ein Konzept, um wichtige Potenziale des Landes wie maritime Wirtschaft,

Luftfahrtindustrie, Logistik, Gesundheitswirtschaft oder Ernährungswirtschaft zu erschließen. Es fehlt in der Wirtschaftsförderung eine ressortübergreifende Mittelstandspolitik. Es fehlt eine arbeitsmarktpolitische Strategie zum Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse und zur Bekämpfung des drohenden Fachkräftemangels. Vor allem aber fehlt ein gesellschaftlicher Dialog über Ziele und Rahmen einer modernen Wirtschaftspolitik.

3. „Gute Arbeit“ – der Mensch im Mittelpunkt

Wirtschaft braucht nachhaltiges Wachstum. Nur so lassen sich dauerhaft soziale Sicherungssysteme und ökologische Modernisierung finanzieren. Dabei ist es Aufgabe der Politik, für nachhaltige Entwicklungen Rahmenbedingungen zu setzen, die neben allgemeinem Wohlstand auch individuelle Lebensqualität ermöglichen und nicht zuletzt die gesellschaftlichen Umweltkosten des Wachstums berücksichtigen.

Die EU hat sich im Rahmen ihrer strukturpolitischen Strategie „Europa 2020“ auf die Ziele eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums verpflichtet. Die SPD wird ihre Wirtschafts- und Strukturpolitik an diesem Zieldreieck ausrichten – im konstruktiven Dialog mit den Kommunen, den Regionen und den Partnern in der Wirtschaft. Sie wird dabei den Menschen in den Mittelpunkt einer neuen Wirtschaftspolitik stellen, seine Talente und Fähigkeiten, aber auch seine Bedürfnisse.

Dabei wird sich diese Politik zunächst auf die Überwindung der tiefen Spaltung des Arbeitsmarktes in Niedersachsen richten: Auf der einen Seite werden qualifizierte Arbeitskräfte mit gutem Einkommen und anspruchsvoller Arbeit umworben. Immerhin fehlen der Wirtschaft zunehmend Fachkräfte – eine gut ausgebildete Generation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Wissen und Erfahrung in Innovation und technischen Fortschritt umsetzen kann. Dies erfordert eine bessere und breitere Ausbildung (*siehe Kapitel II*), aber auch Erleichterungen beim Arbeitsmarktzugang für Menschen mit Migrationshintergrund oder mehr Chancen für Menschen über Fünfzig.

Auf der anderen Seite gehören zur Arbeitswirklichkeit oftmals entwürdigende Arbeitsverhältnisse. Lohndumping, Missbrauch von Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Angst um den Arbeitsplatz und Sorge vor Altersarmut zählen dazu. Von prekären Arbeitsverhältnissen sind besonders Frauen betroffen. Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit sind Voraussetzung für ein langfristig orientiertes und sozial ausgeglichenes Wirtschaftswachstum. Deshalb sind bessere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht nur ein familienpolitisches Gebot, sondern auch ökonomisch unverzichtbar.

Eine SPD-Landregierung orientiert sich am Leitbild der „Guten Arbeit“:

- Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt und seine berechtigten Forderungen nach fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen, nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, nach Beendigung von Lohndumping durch Leiharbeit, nach stabilen statt befristeten Beschäftigungsverhältnissen und nach einem Recht auf Weiterbildung. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die Rechte von Betriebs- und Personalräten gestärkt und das Personalvertretungsrecht an die Unternehmenswirklichkeit angepasst werden.
- Wir wollen, dass die öffentliche Hand in Niedersachsen dabei mit gutem Beispiel vorangeht. Solange es noch keinen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn auf Bundesebene gibt, werden wir durch ein Landesmindestlohngesetz sicherstellen, dass in Niedersachsen alle Beschäftigten des Landes und der Kommunen sowie alle Beschäftigten von eigenständigen juristischen Personen des öffentlichen oder privaten Rechts, die im Eigentum von Land oder Kommunen stehen, einen Mindestlohn von 8,50 € pro Stunde erhalten.

- Die Wirtschaftsförderung des Landes wird nur noch Unternehmen berücksichtigen, die diese Kriterien beachten. Die künftig deutlich reduzierten EU-Mittel zur Wirtschaftsförderung in strukturschwachen Regionen sollen dort für neue sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze eingesetzt werden.
- Die Einhaltung der Regeln von „Gute Arbeit“ bei der öffentlichen Auftragsvergabe durch Land und Kommunen wird im Landesvergabegesetz verankert. Dabei wird der gesetzliche Auftragswert von bisher 30.000 auf 10.000 € gesenkt. Eine Tarifbindung wird für alle Branchen eingeführt, in denen gesetzliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendegesetz gelten. Firmen mit Arbeitsverhältnissen unterhalb der Entgeltgrenze von derzeit 8,50 € werden von der Vergabe ausgeschlossen.

Gleichzeitig wird sich eine SPD-Landesregierung auf der Bundesebene für die Ziele der „Guten Arbeit“ einsetzen:

- Einführung von flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlöhnen,
- strenge Regulierung der Leiharbeit und Begrenzung von befristeter Beschäftigung,
- Einführung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Das Unterlaufen von gesetzlichen Mindestlöhnen, Mitbestimmungsrechten und Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge muss durch geeignete Maßnahmen ausgeschlossen werden,
- gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Weiterbildung.

Nicht zuletzt zählt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zum menschlichen Gesicht einer neuen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Mit gezielter Förderung aus Mitteln des Landes und der EU sollen Erwerbschancen für alle gesichert werden, die arbeiten können und wollen. Ein Schwerpunkt wird dabei die Qualifizierung von Arbeitslosen sein, ein anderer die „zweite Chance“ für junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Alter von 25 bis 35 Jahren (*siehe dazu Kapitel II.4*). Mit einem Fachkräfte-Sicherungskonzept will die SPD eine verbindliche Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft herstellen.

Älteren Menschen soll die Teilnahme am Arbeitsleben oder die Wiedereingliederung durch den Ausbau einer alterns- und altersgerechten Arbeitsorganisation in den Betrieben erleichtert werden. Modellprojekte des Landes sollen arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen Beschäftigungschancen in einen öffentlich geförderten Sektor des Arbeitsmarktes ermöglichen.

Inklusion ist nicht nur in der Bildungspolitik ein wichtiges Thema. Ziel muss es sein, auch den Menschen mit Behinderungen wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Dies erfolgt in enger Kooperation mit den Partnern aus den Werkstätten.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird dafür Sorge tragen, dass das Land Niedersachsen als Arbeitgeber eine bedarfsgerechte Personalausstattung bekommt, um die Aufgaben des Landes sachgerecht wahrzunehmen und gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen. Pauschale Stellen- und Ausgabenkürzungen sowie Verwaltungsreformen ohne vernünftige Aufgabenkritik führen nur zu schlechteren Dienstleistungen für die Bevölkerung und zur Arbeitsverdichtung für die Beschäftigten. Die bisherigen Reformen in der Landesverwaltung haben das deutlich gezeigt. Für die Beschäftigten müssen gute und attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden, damit das Land Niedersachsen als Arbeitgeber auch in Zeiten eines sich zuspitzenden Fachkräftemangels wettbewerbsfähig bleibt.

Veränderungsprozesse werden wir mit den Beschäftigten und nicht gegen sie durchführen.

4. Wachstum – Impulsstrategie für die Regionen

Die Chancen des „Gute-Arbeit“-Konzepts stehen in engem Zusammenhang mit den zukünftigen Entwicklungschancen der niedersächsischen Wirtschaft zur wissensbasierten Industrie- und Dienstleistungswirtschaft. Aber auch die traditionellen Industrien, gewerbliche Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk müssen im Blick bleiben. Zu einem investitionsfreundlichen Klima gehört auch der Abbau von Bürokratie mit dem Verzicht auf unnötige und umständliche Genehmigungsverfahren.

▶ Regionen und Strukturen

Eine der Aufgabe neuer Wirtschaftspolitik ist es, die vorhandenen und durch den demografischen Wandel noch verstärkten Ungleichgewichte zwischen den Regionen und vor allem zwischen Stadt und Land auszugleichen: Die großen Städte und Metropolregionen müssen als Wachstumszentren für den Wettbewerb gestärkt werden – gleichzeitig braucht Niedersachsen auch starke und dynamische ländliche Regionen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- ausgehend von den jeweils lokalen Stärken mit den Akteuren vor Ort regionale Entwicklungskonzepte vorlegen,
- die in der Förderperiode ab 2014 absehbar eingeschränkten Mittel aus den europäischen Fonds bündeln: zum Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Fachkräftesicherung im Zuge des demografischen Wandels, zur Innovationsförderung, zur Bewältigung der Energiewende sowie zur Förderung der nachhaltigen ländlichen Entwicklung.

▶ Industrie

Schon heute machen die forschungsintensiven Industrien die niedersächsische Wirtschaft stark. Schon heute herrschen hier qualitativ gute Arbeitsbedingungen. Das ist eine zukunftsfähige Plattform für intelligentes, nachhaltiges und integratives Industriewachstum: technologische Innovation im Einklang mit anspruchsvoller, guter Arbeit und ökologischer Erneuerung.

Eine SPD-Landesregierung wird

- in den Schlüsselindustrien regelmäßige Branchendialoge mit klaren strategischen Inhalten initiieren,
- mit aller Kraft und im Interesse einer langfristigen Standortsicherung das VW-Gesetz gegen Angriffe verteidigen und an der Landesbeteiligung der Salzgitter AG festhalten,
- deutliche Schwerpunkte setzen, wie etwa bei der Steigerung der Ressourceneffizienz oder der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Innovation in der gesamten Breite und über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg.

▶ Dienstleistung

Die Dienstleistungsbranche ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Viele niedersächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch eine hohe Anzahl Freiberuflerinnen und Freiberufler sind in diesem Segment tätig. Niedersachsens Stärken liegen dabei in der sozialen Gesundheitswirtschaft und im Tourismus. Allerdings wirken sich die Versäumnisse schwarz-gelber Politik inzwischen als Bremse für hochwertige Dienstleistungen aus: Fehlendes Fachpersonal und schlechte Arbeitsbedingungen sind Gift für eine hohe Dienstleistungsqualität.

Eine SPD-Landesregierung wird

- regionale Potenziale wie Gesundheitswirtschaft und Tourismus mit regional abgestimmten Handlungskonzepten entwickeln. Für ganz Niedersachsen wird ein Masterplan „Soziale Gesundheitswirtschaft“ verwirklicht (*näheres im Kapitel V.7*). Die generellen Zukunftsperspektiven und -potenziale der Dienstleistungsbranche sollen im bestehenden Forschungszweig „Gesundheitswirtschaft“ intensiver untersucht werden.

▶ Mittelstand und Handwerk

Fast drei Viertel der niedersächsischen Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), mehr als 500.000 allein im Handwerk. Der Mittelstand schafft schon heute die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze. Auch dieser Wirtschaftsbereich befindet sich im Strukturwandel. Anders als große Unternehmen brauchen die KMU bei der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren die Hilfestellung des Landes. Sie verdienen deshalb die besondere Unterstützung einer neuen Wirtschafts- und Strukturpolitik.

Eine SPD-Landesregierung wird in ihrem Mittelstandsprogramm

- kleine und mittlere Unternehmen dabei unterstützen, Strukturen für Weiterbildung und Qualifikation zu verbessern und von einer regionalen Wissensvernetzung zu profitieren,
- eine spezielle einzelbetriebliche Innovationsförderung einrichten und die künftige europäische Regionalförderung zur Stärkung der KMU-Kapitalbasis nutzen.

▶ Kommunale Unternehmen

Kommunales Wirtschaften ist demokratisch legitimiert und am Gemeinwohl orientiert. Mit ihren Investitionen stabilisieren Kommunen die Wirtschaft und können Fehlentwicklungen ausgleichen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- kommunale Unternehmen unterstützen, das Leitbild der „Guten Arbeit“ oder Projekte wie die Energiewende erfolgreich zu verwirklichen,
- das Gemeindefortschrittsrecht entsprechend anpassen.

5. Leitmärkte – starke Potenziale für Wachstum

Leitmärkte sind Zukunftsmärkte: In den Branchen der Mobilitätswirtschaft, der maritimen Wirtschaft, der Energiewirtschaft, der sozialen Gesundheitswirtschaft und der Tourismuswirtschaft verfügt Niedersachsen bereits über starke Potenziale. Mehr als in der

Vergangenheit bedürfen diese Potenziale öffentlicher Wachstumsanreize. Die SPD betrachtet die zukunftsfähige Entwicklung der Leitmärkte als Schwerpunkt einer neuen Wirtschaftspolitik.

► **Mobilitätswirtschaft**

Integrierten Mobilitätskonzepten gehört die Zukunft. Nicht nur die überlasteten Binnenverkehrswege, wie beispielsweise bei der Volkswagen AG rundum Wolfsburg, sondern auch die rasant wachsenden Metropolen der boomenden Schwellenländer brauchen intelligente Mobilitätslösungen. Für die leistungs- und exportstarke niedersächsische Mobilitätswirtschaft – Automobilindustrie, Luft- und Schienenfahrzeugbau, Spezialschiffbau und Logistik – öffnen sich damit lukrative Absatzmärkte für High-End-Produkte und Dienstleistungen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die heimische Spitzenposition bei Fahrzeugen mit traditionellem Antrieb in Bereichen wie Leichtbau und hoch effiziente Motoren durch Forschungseinrichtungen unterstützen,
- Niedersachsen zu einem Zentrum der weltweiten Forschung und Entwicklung z. B. der Elektromobilität machen,
- das Mobilitätscluster rund um das Niedersächsische Forschungszentrum Fahrzeugtechnik (NFF) landesweit ausbauen und die Verbindung von Mobilitätsangeboten mit Informations- und Kommunikationstechnologien fördern.

► **Maritime Wirtschaft**

Mehr als neunzig Prozent des Welthandels werden heute über den Seeweg abgewickelt. Niedersächsische Reederinnen und Reeder stellen eine der weltgrößten Handelsflotten. Mit dem Jade-Weser-Port wird das Land zu einem führenden Umschlagplatz an der Nordseeküste. Neben Werften und Zulieferern erlangen meerestechnische Betriebe in den Zeiten von Klimaschutz und Energiewende vor allem im Wind-Offshore-Bereich größere Bedeutung.

Eine SPD-Landesregierung wird daher:

- auch in Zukunft Investitionen in die weitere Entwicklung der Hafenstandorte vorsehen. Projekte wie die zweite Ausbaustufe des Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven, die Entwicklung des Rysumer Nacken in Emden und der weitere Ausbau in Cuxhaven und Stade werden vorangetrieben,
- Verhandlungen führen, um in das gemeinsame maritime Clustermanagement von Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein auch Bremen und Mecklenburg-Vorpommern einzubeziehen,
- eine intensive Zusammenarbeit und die gemeinsame Vermarktung der deutschen Seehäfen vorantreiben,
- ein Kompetenzzentrum für „Greenshipping“ aufbauen, um eine ressourcenschonende Schifffahrt in den Bereichen Schiffbau, Reederei- und Hafenwirtschaft zu organisieren.

► **Energiewirtschaft**

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien eröffnen sich für Niedersachsen große wirtschaftliche Chancen im Bereich der On- und Offshore-Windenergie. Dafür ist ein Ausbau der Netzinfrastruktur notwendig. Voraussetzung für die Entwicklung einer modernen Energiewirtschaft ist es, mit Unternehmen, Kommunen und Umweltverbänden ein Konzept zur Umsetzung der Energiewende zu entwickeln (*siehe dazu auch Kapitel VII*).

Eine SPD-Landesregierung wird daher zunächst

- sicherstellen, dass alle Projekte der Energiewende mit den Kriterien von „Gute Arbeit“ im Einklang stehen,
- gemeinsam mit dem Handwerk Installation und Wartung neuer Energietechnologien in Privathaushalten vorantreiben, Repowering von Windkraftanlagen unterstützen und sich für belastbare Investitions- und Finanzierungsbedingungen zum Ausbau der Offshore-Windenergien einsetzen,
- eine neue Energieagentur ins Leben rufen, die Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen Hilfestellung in den Bereichen Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme bietet.

► **Soziale Gesundheitswirtschaft**

Demografischer Wandel, medizinischer Fortschritt und steigendes Gesundheitsbewusstsein machen die Gesundheitswirtschaft zum dynamischen Wachstumsmarkt. Niedersachsen hat dabei eine gute Startposition: mit erfolgreichen Krankenhäusern, einer international anerkannten Medizinforschung, innovativen Betrieben der medizinischen Biotechnologie und der Medizintechnik sowie regional gut verankerten Gesundheitsdienstleistungen. Hinzu kommen vielfältige Schnittstellen zum Gesundheitstourismus und der Ernährungswirtschaft. Doch über qualitatives Wachstum hinaus müssen hochwertige Gesundheitsversorgung, bessere Lebensqualität und gute Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen künftig im Einklang stehen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- einen „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft“ aufstellen, um die regionalen Stärken und Profile im Bereich der sozialen Gesundheitswirtschaft weiter auszubauen (*näheres dazu im Kapitel V.7*).

► **Tourismus**

Niedersachsen ist die führende touristische Destination des Nordens mit jährlich zuletzt fast vierzig Millionen Übernachtungen. Der Tourismus ist mit rund 338.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber im Land. Jährlich geben Reisende im Urlaubsland Niedersachsen in Hotellerie, Gastronomie und dem Einzelhandel rund 15 Milliarden € aus. Doch auch dieser Leitmarkt arbeitet unter seinen Möglichkeiten. Schwarz-Gelb hat weder ein Tourismuskonzept aufgestellt noch eine zentrale Anlaufstelle für Kommunen, Regionen und Investoren eingerichtet. Notwendig sind klare Zuständigkeiten und Strukturen im Wirtschaftsministerium und ein Konzept mit regionaler Schwerpunktbildung, Förderzielen und einem abgestimmten Ansiedlungsmanagement für Hotel- und Tourismusprojekte.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusregionen, insbesondere im ländlichen Raum, stärken. Im Fokus stehen dabei nachfragestarke Urlaubsthemen wie Gesundheits- und Erholungstourismus, Fahrrad-, Wander- und Wassertourismus, sowie Kultur- und Städtetourismus. Dies muss einhergehen mit dem Ausbau der touristischen Infra- und Verkehrsstrukturen,
- im Rahmen eines Landestourismuskonzepts innovative KMU-Tourismusprojekte für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020 entwickeln,
- dafür eintreten, dass bei der Ferienzeitregelung Überschneidungen der Hauptferienzeiten im Reiseland Niedersachsen vermieden werden.

6. Information und Kommunikation – nicht ohne schnelles Internet

Netzpolitik ist moderne Gesellschaftspolitik. Die Technologien für Information und Telekommunikation, das Internet und die Digitalisierung haben inzwischen sämtliche Lebensbereiche erreicht. Gesellschaftliche Teilhabe ist ohne Zugang zum schnellen Internet heute beinahe undenkbar geworden. Dies gilt für Bildung, Arbeit, politische Beteiligung – aber auch für einen Großteil der alltäglichen sozialen Kontakte.

Als Wirtschaftsfaktor zieht sich das Internet inzwischen durch die meisten Branchen. Ob Gastronomie, Einzelhandel, Tourismus oder Industrie – neue Kommunikations- und Vertriebswege steigern den Umsatz und helfen, neue Kundinnen und Kunden zu gewinnen. An die 11.000 niedersächsische Unternehmen mit 60.000 Arbeitsplätzen sind im weitesten Sinn bereits in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) aktiv.

Am bundesweiten IKT-Markt hat Niedersachsen allerdings nur einen Anteil von fünf Prozent: ein Beweis für die verfehlte Politik der schwarz-gelben Landesregierung. Die politischen Rahmenbedingungen stimmen nicht.

Voraussetzung für gesellschaftliche Nutzung und wirtschaftlichen Gebrauchswert von Internet und Telekommunikation sind belastbare, schnelle und bezahlbare Netzanbindungen, die auch gleichwertige Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Chancengleichheit zwischen Stadt und Land gewährleisten. Tatsächlich aber wandern Unternehmen wegen zu geringer Netzbandbreiten aus dem ländlichen Raum ab.

Als Reaktion auf den digitalen Fortschritt hat die europäische Kommission mit ihrer „Digitalen Agenda“ das Ziel festgeschrieben, bis 2020 die Hälfte der Einwohner Europas mit einer Bandbreite von bis zu 100 Mbit/s für das Netz zu versorgen.

Die SPD betrachtet die landesweite Grundversorgung mit schnellem Internet als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Leistungsfähige digitale Netze sind wichtige Bausteine für die Wirtschafts- und Strukturförderung. Ihr Ausbau kann durch wirtschaftliche Anreize für Unternehmen und Kommunen beschleunigt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- im engen Zusammenwirken mit dem Breitband Kompetenz Zentrum Niedersachsen gemeinsam mit Kommunen, Stadtwerken sowie Vertretern von Wirtschaft und Gesellschaft einen umsetzungsorientierten Handlungsrahmen für den flächendeckenden Breitbandausbau erarbeiten,

- sich für eine flächendeckende Grundversorgung mit schnellen breitbandigen Internetverbindungen einsetzen und darauf drängen, dass diese durch Universalverpflichtung abgesichert wird, falls wettbewerbliche Lösungen bei der Breitbandversorgung nicht greifen.

Beim Internet geht es auch um wirtschaftliches Wachstum und um Arbeitsplätze. So hat „IT made in Niedersachsen“ das Zeug zum Exportschlager. Das zeigt sich in wachstumsstarken Anwendungsfeldern wie Green IT, eMobility, eHealth, eEnergy und eLearning. Aber die digitale Wirtschaft und die Gründerkultur in ihrem Umfeld brauchen bessere Rahmenbedingungen und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine SPD-Landesregierung wird

- IKT-Regionen mit „Ideenfabriken“ als Zusammenschluss von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen bilden, um die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und digitaler Wirtschaft zu forcieren.

Die SPD will einen informatorischen Kulturwandel herbeiführen – weg vom Amtsgeheimnis, hin zur offenen Verwaltung. Durch „Open-Data“- oder „Open-Source“-Modelle werden staatliche Daten offen zugänglich und Verwaltungshandeln transparent. Die „Europäische Bürgerinitiative“ als digitales Angebot zur Bürgerbeteiligung an der EU-Politikgestaltung ist beispielgebend.

Eine SPD-Landesregierung wird

- ein niedersächsisches Informationsfreiheitsgesetz nach dem Vorbild von bereits elf Bundesländern auf den Weg bringen,
- bei Projekten der Verwaltungsmodernisierung eine E-Government-Strategie erarbeiten, die Transparenz, Bürgernähe und Partizipation in den Mittelpunkt stellt.

Allerdings braucht das Internet neue Datenschutzregelungen. Die unübersehbar vielfältigen Verbindungen von öffentlich zugänglichen und personenbezogenen Daten bedeuten große Gefahren für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Der Schutz der Persönlichkeit und der persönlichen Daten im Internet ist jedoch jederzeit zu gewährleisten. Dafür müssen die Fähigkeiten der Nutzerinnen und Nutzer zum Selbstschutz gestärkt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- im Bundesrat einen weitergehenden Datenschutz für Beschäftigte einfordern,
- in Niedersachsen die Landesbehörde für den Datenschutz, Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte durch geschultes Personal und technische Ausstattungen für diese Aufgaben wappnen.

7. Verkehrspolitik – Infrastruktur für Mobilität

Niedersachsen ist zur zentralen und internationalen Logistikkreuzung geworden. Mit dem Jade-Weser-Port hat das Land ein neues Tor zur Welt geöffnet. Das Transportgewerbe spielt für Wirtschaft und Konsum eine wichtige Rolle. Es gilt also, die Infrastruktur auf allen Verkehrsträgern – Schiene, Wasser, Straße und Luft – zu optimieren und mit einander zu vernetzen. Dies dient dem Güter-, Individual- und öffentlichen Verkehr in gleicher Weise. Anliegerinteressen sollen durch frühzeitige und umfassende Informationen sowie eine pragmatische und ideologiefreie Suche nach Lösungen einfließen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ermöglicht gerade bei steigenden Kosten für den motorisierten Individualverkehr Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen und damit die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen, Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen. Er trägt in erheblichem Umfang zur Lebensqualität des Gemeinwesens bei und leistet einen wirksamen Beitrag zum Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Vor dem Hintergrund der Energiepreisentwicklung und des steigenden Umweltbewusstseins wird sein Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen genau wie der Anteil des Radverkehrs in den kommenden Jahren weiter steigen.

Dazu sollen die Rolle der kommunalen Aufgabenträger bei der Planung, Bestellung und Finanzierung des ÖPNV gestärkt und Verbundtarife weiter ausgebaut werden. Eine SPD-Landesregierung wird Möglichkeiten der Verbesserung der Schülerbeförderung für Schülerinnen und Schüler der Sek. II im Rahmen der ÖPNV-Finanzierung prüfen. Niedersachsen braucht eine verkehrspolitische Neujustierung und eine Verschiebung von Finanzmitteln zu Gunsten des Öffentlichen Verkehrs. Nur so wird es möglich sein, die heutigen Angebote zu sichern und zukunftsgerecht weiter zu entwickeln.

Eine SPD-Landesregierung wird in einem Infrastrukturkonzept festhalten, dass

- Schienennetze einschließlich der Hinterland-Anbindung von Hafen- und Produktionsstandorten wie dem Jade-Weser-Port saniert, optimiert und die Belange der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden,
- Kapazitäten im Nahverkehr zur Bewältigung der kontinuierlich steigenden Nachfrage und weiteren Steigerung der Attraktivität und Fahrgastzahlen ausgebaut und an die veränderten demografischen Anforderungen angepasst werden; schienengebundene Angebote in der Fläche revitalisiert und ausgebaut werden; neue kombinierte Verkehrskonzepte für Großstadregionen unter Einbeziehung von Verkehrslenkung und Parkraumbewirtschaftung entwickelt werden,
- Autobahnverbindungen wie insbesondere die A 20, A 26 und A 39 und wichtige Bundesstraßenprojekte realisiert werden,
- keine Region durch vernachlässigte Straßen- und Schienenanbindungen von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt wird,
- durch ein Landesgesetz abgesichert wird, dass die dem Land zufließenden Mittel aufgrund des Entflechtungsgesetzes ab 2014 nach dem Auslaufen der Zweckbindung zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Kommunen weiterhin konsequent für kommunale Verkehrsprojekte zur Verfügung gestellt werden. Eventuelle Möglichkeiten zur Flexibilisierung und Vereinfachung sollen dabei genutzt werden,
- das System der Binnenwasserstraßen langfristig zukunftssicher und unter Wahrung künftiger Ausbauoptionen für die Güterschifffahrt modernisiert wird. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung zu Lasten bisheriger Standorte in Niedersachsen lehnen wir ab. Der Bund darf sich bei einer neuen Kategorisierung der Bundeswasserstraßen in Niedersachsen nicht zulasten Niedersachsens aus seiner Unterhaltungs- und Finanzierungsverantwortung zurückziehen,
- Projekte wie die Schleuse Scharnebeck verwirklicht werden.

8. Landwirtschaft – gesunde Betriebe, gesunde Produkte

Niedersachsen ist bundesweit Agrarland Nummer Eins. Die Wertschöpfung der Ernährungs- und Landwirtschaft steht nach der Automobilindustrie an zweiter Stelle in Niedersachsen. Die Erzeugung hochwertiger Lebensmittel für die nationalen und internationalen Märkte sichert mehrere zehntausend Arbeitsplätze. Die Agrarpolitik der SPD zielt darauf ab, diese Spitzenplätze zu sichern.

Niedersachsen braucht auch in Zukunft eine leistungsfähige, multifunktionale Landwirtschaft, die Arbeitsplätze und Einkommen sichert; die sowohl im konventionellen wie in einem gestärkten Ökolandbau nach hohen Qualitätsstandards produziert; die in die Regionen und die ländliche Gemeinschaft eingebunden ist und deren Handeln darauf ausgerichtet ist, die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern.

Die Landwirtschaft hat große Verantwortung beim Schutz von Wasser, Boden und Luft. Auch die Pflege und Entwicklung der einmaligen Kulturlandschaften in Niedersachsen, der Erhalt der Artenvielfalt, ein verbesserter Tierschutz und Nulltoleranz gegenüber der Gentechnik gehören zu einer nachhaltigen Produktion. Bodenversiegelungen müssen minimiert und Konkurrenzsituationen zwischen der Nahrungsmittelproduktion und dem Anbau von Energiepflanzen vermieden werden.

Verbraucherinnen und Verbraucher wollen hochwertige, bezahlbare und auch regional erzeugte Lebensmittel. Der Marktanteil von regionalen und biologisch erzeugten Produkten muss durch Förderung gesteigert und die Agrarforschung stärker darauf ausgerichtet werden.

Die Landschaftspflege dient nicht zuletzt auch der touristischen Entwicklung. Wirtschaftliche Initiativen wie Hofläden, Hofcafés und landwirtschaftliche Dienstleistungen sind wichtige Faktoren im ländlichen Raum. Auch Nordsee- und Binnenfischerei sind ein wichtiger Bestandteil der Landeskultur und leisten ihren Beitrag zu Wertschöpfung und Tourismus im ländlichen Raum. Große Teile Niedersachsens sind bewaldet. Wälder liefern Holz und haben für Klimaschutz, Naturschutz und menschliche Erholung eine große Bedeutung.

Aber letztlich genießt die Agrar- und Ernährungswirtschaft nur dann gesellschaftliche Akzeptanz und kann ihre Produkte zu angemessenen Preisen vermarkten, wenn die Verbraucherinnen und Verbraucher die Produktionsprozesse im Einklang mit den Zielen von gesunder Ernährung und verbindlichem Tierschutz, Klima-, Umwelt- und Naturschutz wissen. Hierzu ist ein umfassender Dialog zwischen allen Beteiligten nötig.

Eine SPD- Landesregierung wird

- die Agrarförderung in der neuen EU-Förderperiode neu ausrichten und an die umwelt- und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen anpassen,
- durch einen Förderschwerpunkt regionale Vermarktungsstrategien sowie den Ökolandbau unterstützen und die Agrarforschung in dem Bereich des Ökolandbaus ausweiten,
- mit einem Masterplan „Gesunde Ernährung“ der Agrar- und Ernährungswirtschaft neue Marktchancen eröffnen,
- den niedersächsischen Tierschutzplan überprüfen und wo nötig anpassen, um die notwendigen Umstellungsprozesse in der Nutztierhaltung konsequenter zu unterstützen,

- die stufenweise Qualitätssicherung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch Kontrolle im Produktionsprozess verbessern,
- die Regelungen zum Schutz von Wasser und Boden verbessern und die Nachhaltigkeitswende in Forstwirtschaft und Fischerei vorantreiben,
- sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die Kommunen unter anderem durch eine Novellierung des § 35 Baugesetzbuch effektive Steuerungsmöglichkeiten etwa im Rahmen von Vorhaben der Intensivtierhaltung bekommen.

9. Verbraucherschutz – Wahrung der Verbraucherrechte

Die Verbraucherpolitik in Niedersachsen muss neu ausgerichtet werden und mehr Gewicht zu bekommen. Globalisierung und technischer Fortschritt haben die Konsummöglichkeiten stark verändert. Gleichzeitig steigt der Bedarf der Verbraucherinnen und Verbraucher an Beratung, Bildung und Schutz, um sich in der Vielfalt zurecht zu finden. Viele fühlen sich mit der Angebots- und Tariffut überfordert. Sie fragen sich, ob sie den angebotenen Lebensmitteln oder Spielsachen vertrauen können oder welche Versicherung für sie richtig ist. Ihnen stehen Anbieterinnen und Anbieter gegenüber, die auf ihre Produkt- und Dienstleistungsangebote spezialisiert sind und deshalb über bessere Informationen verfügen.

Privater Konsum ist ein erheblicher Wirtschaftsfaktor, der auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung der Arbeits- und Produktionsbedingungen hat. Er ist ein wesentlicher Impulsgeber für innovative und nachhaltige Entwicklung. Eine neue verbraucherpolitische Strategie für Niedersachsen soll den Stimmen der Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Gewicht verleihen und die Regelungen zu ihrem Schutz und ihrer Information verbessern. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen nimmt dabei eine wichtige Aufgabe wahr und muss künftig wieder besser unterstützt werden.

Der demografische Wandel muss auch im Verbraucherschutz berücksichtigt werden. Der Ersatz persönlicher Beratung durch Automaten im Dienstleistungssektor erschwert älteren Menschen die Akzeptanz entsprechender Angebote erheblich.

Eine SPD-Landesregierung wird

- im Dialog mit Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und der Wissenschaft eine verbraucherpolitische Strategie entwickeln,
- die institutionelle Förderung zum Erhalt der Funktionsfähigkeit der Verbraucherzentrale Niedersachsen sicherstellen,
- das Landesamt für Verbraucherschutz in seinen Komponenten optimieren.

IV. NEUE GESELLSCHAFTSPOLITIK BRAUCHT AUFBRUCH

Demokratie ist mehr, als alle paar Jahre sonntags zur Wahl zu gehen. Demokratie beweist und bewährt sich im Alltag, in Chancengleichheit, Teilhabe und Mitsprache, in Nachbarschaft, Gemeinsinn und Solidarität. Um sich zu entfalten, braucht Demokratie die Form einer Zivilgesellschaft. Sie muss offen und transparent sein, zum Mitmachen einladen. Sie braucht Austausch und Überzeugungskraft.

„Wir wollen mehr Demokratie wagen!“ Diesen historischen Satz von Willy Brandt hat sich die SPD zu Eigen gemacht. Sie sieht Bürgerinnen und Bürger, Familien und alle Formen der Partnerschaften, Vereine und Verbände, Gewerkschaften und Unternehmen, Wirtschaft und Wissenschaft – alle gesellschaftlichen Gruppen als Partner für den Aufbruch in eine neue Politik.

Damit dieser Aufbruch gelingt, darf der demografische Wandel nicht länger einfach nur passieren, er braucht Gestaltung. Geschlechtergerechtigkeit und Gleichberechtigung müssen von der langen Bank wieder in die politische Praxis zurückgeholt werden. Die SPD wird junge und alte Menschen einbeziehen. Sie wird die Diskriminierung von sexueller Identität beenden, wie sie gegenüber Homosexuellen, Lesben und Transgendern immer noch zum Ausdruck kommt.

1. Demografischer Wandel – Rückgang, aber kein Rückschritt

Die Veränderung hat längst begonnen. Bereits in den nächsten Jahren wird nach wissenschaftlichen Prognosen die Gesamtzahl der Menschen in Niedersachsen um fünf Prozent zurückgehen. Doch während der Anteil von jungen Menschen unter zwanzig Jahren dabei bereits bis 2030 auf knapp 17 % sinkt, steigt der Anteil der über 65-Jährigen auf 29 %. Jeder zwölfte Niedersachse wird dann älter als achtzig sein.

Niedersachsen ist vom demografischen Wandel doppelt betroffen. Einerseits sinkt die Einwohnerzahl und andererseits steigt das Durchschnittsalter. Die Auswirkungen sind regional unterschiedlich. Demografie-Gewinner werden Teile der Metropolregionen sowie einige Landkreise im Westen sein, während im Osten und Süden Niedersachsens weitere einschneidende Bevölkerungsrückgänge bevorstehen.

Damit verbunden sind große gesellschaftspolitische Fragestellungen: Welche Lebensperspektiven gibt es für die Menschen in den einzelnen Landesteilen? Wie ist die Chancengleichheit der Bildung zu gewährleisten? Wie lassen sich medizinisch-pflegerische Versorgung und Mobilität sicherstellen? Wie sieht die Zukunft von Arbeitsmarkt und Wirtschaft aus, wenn die Zahl junger Arbeitnehmer um etwa ein Viertel zurückgeht – gleichzeitig aber die Anforderungen an deren Qualifikation steigen?

Obwohl die Antworten auf solche Fragen über die Zukunft des Landes entscheiden, die Herausforderungen des demografischen Wandels seit nahezu einem Jahrzehnt bekannt sind und andere Bundesländer bereits handeln, verharrt die schwarz-gelbe Landesregierung in Tatenlosigkeit. Ihr „Handlungskonzept“ besteht aus unverbindlichen Empfehlungen, kennt weder Prioritäten noch regionale Differenzierung und lässt Kommunen außen vor.

Eine SPD-Landesregierung wird alle gesellschaftspolitischen Felder, Bildungs-, Familien- und Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Struktur- und Regionalpolitik auf die demografische Herausforderung beziehen. Sie wird Handlungsprogramme entwickeln. Sie wird die bevorstehenden gesellschaftlichen

Veränderungen als Querschnittsaufgabe betrachten und ihren Umgang damit im Dialog mit den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln. Das bedeutet:

- Ein „Demografie-Rat“ aus Landesregierung, Kommunen, Regionen und Gesellschaft wird jährlich die Entwicklung analysieren, mit regionalen Stärke-/ Schwächeanalysen einordnen und Handlungskonzepte abstimmen. Ziel ist es, die Spaltung des Landes durch den demografischen Wandel zu verhindern und allen Räumen und Regionen des Landes eine neue Perspektive zu ermöglichen.
- Vier bevollmächtigte Landesbeauftragte werden die Präsenz der Landesregierung in der Fläche erhöhen. Sie sollen mit den regionalen Akteuren maßgeschneiderte Zukunftskonzepte erarbeiten. Gleichzeitig werden sie als kompetente Anwältinnen der Regionen vor Ort Entwicklungsprojekte unterstützen (*siehe dazu Kapitel VI.2*).

2. Frauen – neuer Aufbruch zu Gleichberechtigung

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat seit 2003 frauenpolitische Konzepte vernachlässigt und die gesetzliche Weiterentwicklungen der Gleichberechtigung zum Stillstand gebracht. So wurden die Hauptberuflichkeit der kommunalen Frauenbeauftragten und die Frauenquote von fünfzig Prozent im niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz aufgehoben. Zugleich steht Niedersachsen heute beim Frauenanteil an Ämtern, Mandaten, Bildung und Beschäftigung im Ländervergleich durchweg weit unten – ist jedoch bei der weiblichen Arbeitslosenquote und dem Verdienstunterschied zu Männern leider Spitze.

Förderprogramme zu beruflicher Gleichstellung, Gleichstellungsgesetze, Konzepte für Gewaltschutzprogramme und Förderung von Ganztagschulen stammen in Niedersachsen aus der SPD-Regierungszeit der neunziger Jahre. Auch heute ist die SPD wieder der Garant, dass nicht nur Politik für Frauen gemacht, sondern vor allem Politik von Frauen gleichberechtigt mitbestimmt wird.

Frauen sind nach dem Gesetz Männern gleichberechtigt. Doch im Erwerbsleben ist Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht. Obwohl ihr Bildungsniveau so hoch wie nie ist, sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. Ihre Erwerbsquote in Niedersachsen liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt, sie arbeiten mehrheitlich in schlecht bezahlten Berufen, in Teilzeit- und Minijobs. Besonders junge Frauen werden schlechter bezahlt als Männer und haben schlechte Aufstiegschancen. In den Personalräten und Vorständen börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen sind Frauen rar, nur gut 23 % der Hochschul-Professuren sind mit Frauen besetzt.

Unzureichende Betreuungs- und Bildungsangebote in Kitas und Grundschulen erschweren Fortkommen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu kommen flexibilisierte Arbeitszeiten, Wochenendarbeit und Arbeitsverdichtung, die eine Balance von Erwerbstätigkeit, Privatleben und Familie verschärfen. Schließlich tragen Frauen die Hauptlast der familiären Sorgetätigkeit – von der Kinderbetreuung bis zur Alterspflege.

Eine SPD-Landesregierung will den Aufbruch zu mehr Gleichberechtigung nach den Regeln von „Gute Arbeit“ mit folgenden Gleichstellungsprinzipien erreichen:

- Chancengleichheit für Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt, gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit,
- Weiterentwicklung von Qualifizierungsprogrammen für Berufseinsteigerinnen und Berufsrückkehrerinnen,

- gezielte Förderung von Mädchen, damit sie in zukunftsträchtigen Berufen ihre Chancen nutzen können,
- Führungspositionen in Unternehmen und Verwaltungen zu gleichen Teilen für Frauen und Männer,
- familienfreundliche Arbeitskonzepte für Frauen und Männer,
- eine lebenslauf-orientierte Personalpolitik, die Frauen und Männern ein Miteinander von Privatem und Beruf ermöglicht, ohne die ökonomische Eigenständigkeit und Aufstiegschancen zu verlieren,
- bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf, z. B. durch einen Rechtsanspruch auf Pflegezeiten und Ausgleichszahlungen.

Die SPD wird Niedersachsen zum Vorbild konsequenter Frauenförderung machen. Dazu wird sie das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz modernisieren und seinen Geltungsbereich wieder auf selbstständige Betriebe der öffentlichen Hand einschließlich der kommunalen Eigenbetriebe erweitern. Eine konsequente Politik für Frauen bedeutet letztlich auch, von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zuverlässige Zuflucht in Frauenhäuser und Gewaltberatungsstellen zu ermöglichen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Minister- und Staatssekretärs-Positionen des neuen Landeskabinetts paritätisch mit Frauen und Männern besetzen,
- die Führungspositionen in der Landesverwaltung sowie die Aufsichtsratsmandate in Unternehmen mit Landesbeteiligung vorbildhaft für andere Verwaltungen und Unternehmen geschlechtergerecht besetzen,
- Beratungsstellen für Opfer von häuslicher Gewalt sowie Frauenhäuser und Mädchenhäuser verlässlich fördern.

3 . Jugend – Politik mit der Jugend

Große Teile der jungen Generation in unserem Land wächst in Zeiten ökonomischer Unsicherheit auf: Ungleich verteilte Chancen bremsen die Potenziale vieler junger Menschen. Jugendarbeit und Jugendpolitik sind Daseinsfürsorge und Zukunftspolitik zugleich. In der Jugend wirken sich viele Probleme der Gesellschaft deutlicher aus als in anderen Lebensabschnitten. Gerade deshalb muss Politik für die Jugend verlässliche Zukunftsperspektiven vermitteln.

Seriöse Jugendpolitik muss die jungen Menschen von vorn herein einschließen, sie ernst nehmen und sie beteiligen. Das erfordert altersgerechte Instrumente für Selbstverwaltung und Mitbestimmung. Beteiligungsmodelle wie Jugendbeiräte, Jugendparlamente oder kontinuierlich durchgeführte projektbezogene Beteiligungsangebote helfen jungen Menschen, sich mit kommunaler Demokratie auseinanderzusetzen. Nach Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung müssen allerdings gesellschaftliche Aufklärungsarbeit und politische Bildung neu organisiert werden. Politische Bildung darf nicht wirtschaftlichen Gesichtspunkten untergeordnet werden. Dabei sind alternative Lebensentwürfe und alternative Gesellschaftsbilder zu berücksichtigen.

Jugend ist der Lebensabschnitt für Selbsterfahrung und erste Selbstbestimmung, für Freizeit, persönliche Entwicklung und gesellschaftliches Engagement. Der mit der Einschulung zunehmende Leistungsdruck von jungen Menschen muss entzerrt werden. Kinder und Jugendliche brauchen mehr Freiräume zur selbstständigen Gestaltung. Auch in der Schule und Hochschule sollen Jugendliche ein stärkeres Mitspracherecht als bisher bekommen. Dies soll in den Organen des Senats und bei der Schulkonferenz verwirklicht werden.

Jugendliche und junge Erwachsene nutzen die freiwilligen Dienste an der Allgemeinheit und die freiwilligen Jahre (FSJ, FÖJ, FPJ). Sie leisten dadurch wichtige gesellschaftliche Arbeit – und profitieren von diesen wichtigen Erfahrungen. Ein Gewinn für die jungen Menschen ist nicht zuletzt die Arbeit der Jugendverbände.

Eine SPD-Landesregierung wird

- das aktive Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken,
- Mittel für verstärkte Jugendbeteiligung erhöhen und kommunale Internet-Beteiligungsmodelle (E-Jugendbeteiligung) unterstützen,
- die bestehenden Lehrpläne (Kerncurriculae) so überarbeiten, dass neue Freiräume entstehen. Aufgabenüberfrachtung sorgt für Nacharbeiten an Wochenenden und Nachmittagen – nicht aber für bessere Lerneffekte,
- gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden darauf hinwirken, dass während der Lehre alle hierfür erforderlichen Qualifikationen erworben werden können,
- freiwillige Jahre, Bundesfreiwilligendienst und Ehrenamt in einem Gesamtkonzept gemeinsam mit Stellenanbietern, Freiwilligenagenturen, Sport- und Kulturvereinen bzw. deren Dachverbänden bündeln; Transparenz und Rechtssicherheit für Jugendfreiwilligendienste soll ein Freiwilligendienststatusgesetz schaffen,
- mit dem Landesjugendring und den Trägern der offenen Jugendarbeit partnerschaftlich Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit sowie die künftige Förderung von Jugendarbeit klären und die Beteiligung kommunaler Träger der Jugendarbeit bei kommunalen Bildungslandschaften absichern. Außerdem werden wir den Landesschülerrat – genau wie den Landeselternrat – als wichtiges Mitwirkungs-gremium in der Bildungspolitik stärken und deren bundes- und europaweite Vernetzung fördern.

4. Senioren – Alt und Jung auf Augenhöhe

Alter und Ruhestand bedeuten für viele Menschen den Aufbruch in eine aktive Lebensphase, in der sie Neues wagen und sich für die Gesellschaft nützlich machen möchten. Mitverantwortung, Teilhabe und aktive Gestaltung des öffentlichen Lebens erhöhen die persönliche Lebensqualität und kommen zudem jüngeren wie älteren Generationen zugute.

Doch dafür müssen Politik und Wirtschaft einen neuen gesellschaftlichen Rahmen abstecken. Bildung und Ehrenamt, Wohnungs- und Städtebau sowie öffentlicher Nahverkehr, Gesundheit und Pflege – Politik für Seniorinnen und Senioren ist eine Querschnittsaufgabe für beinahe alle Landesressorts. In der Gesellschaft muss dafür ein Bewusstseinswandel einsetzen, insbesondere bei manchen Jüngeren. Aber auch ältere Menschen müssen zum Mitmachen ermutigt werden. Alt und Jung auf Augenhöhe – das belebt die Demokratie.

„Alter Macht Zukunft“: Unter diesem Motto verfolgt die SPD das Ziel einer inklusiven Gesellschaft, in der Menschen in altersgemischten Gruppen leben und ihre Ziele gemeinsam entwickeln. Nötig ist dafür eine neue Kultur, die Altersdiskriminierung und Isolation von Generationen und Geschlechtern beendet und ein Altern in Würde erlaubt.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Erfahrung und Kompetenz der älteren Generation durch Einbindung von Seniorenvertretungen, -verbänden und Landesseniorenrat nutzen,
- ein Seniorenforum auf Landesebene einrichten und ein Seniorenmitwirkungsgesetz vorlegen,
- soziale Netze knüpfen, um durch Beratung und Vermittlung Senioren Orientierung über die Leistungsangebote und –ansprüche zu vermitteln,
- gegen Altersdiskriminierung, z. B. im Gesundheitswesen und am Arbeitsmarkt, vorgehen,
- altersgerechte und barrierefreie Infrastrukturen schaffen, z. B. bei Dienstleistungs- und Verkehrsangeboten sowie Kommunikationseinrichtungen,
- die Schaffung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnraum und den altersgerechten Wohnungsumbau gerade im ländlichen Raum durch gezielte Unterstützungs- und Beratungsangebote voranbringen.

5. Leben in sexueller Identität – Normalität gegen Vorurteile

Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender gehören zur gesellschaftlichen Gemeinschaft in Niedersachsen. Für die SPD in Niedersachsen ist es gesellschaftliche Realität und Normalität, dass sich Menschen zu ihrer sexuellen Identität bekennen.

Trotz der Errungenschaften während der rot-grünen Regierungszeit im Bund wird die individuelle sexuelle Identität noch immer nicht vorurteilsfrei anerkannt. Fehlende Aufklärung und Vorurteile in der Familie, im Freundeskreis, in der Schule, der Ausbildung und am Arbeitsplatz führen immer noch zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Isolation bis hin zu menschenverachtenden Reaktionen und Gewalt.

Die Würde aller Menschen zu respektieren und zu tolerieren und diese Menschen zu schützen, das ist Aufgabe und Herausforderung für die SPD. Vor allem die Schule ist auch in Fragen der individuellen sexuellen Emanzipation Bildungs- und Erziehungsraum. Nicht nur die sexuelle Aufklärung gehört zu ihrem Auftrag, sondern auch die gesellschaftliche Erziehung zu Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Identitäten.

Die Bekämpfung von Homophobie ist ebenso eine gesellschaftliche Aufgabe wie die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen insgesamt. Die SPD wird mit allen gesellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Migrant*innenorganisationen, an Strategien arbeiten, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender zu akzeptieren.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Antidiskriminierungsgesetze durchsetzen und das Beamtenrecht bei den Beihilferegelungen entsprechend anpassen. Im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit wird die Stellung des/der Beauftragten für

den Abbau der Diskriminierung Homo- und Transsexueller mit ressortübergreifenden Querschnittsaufgaben gestärkt,

- im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass eingetragene Lebenspartnerschaften mit der Ehe gleichgestellt und bestehende Benachteiligungen abgeschafft werden. So soll die gesetzliche Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften einschließlich der „Regenbogenfamilien“ verwirklicht und die Akzeptanz von Kindern aus diesen Familien in Kindertagesstätten und Schulen zur Normalität werden,
- die Aufklärung über Homosexualität als Thema in die Lehrpläne der Schulen aufnehmen und bestehende Aufklärungsprojekte in Bildungseinrichtungen stärken,
- auch weiterhin lesbisch-schwule Kultureinrichtungen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung unterstützen, um nach dem Motto „Aufklärung durch Kulturarbeit“ eine größere Akzeptanz von Lesben und Schwulen zu erreichen.

V. NEUE SOZIALPOLITIK MACHT ERNST MIT SOLIDARITÄT

Eine fürsorgliche und solidarische Sozialpolitik muss die wichtigen gesellschaftlichen Themenfelder bearbeiten und zukunftsfähige Lösungen für ihre Probleme anbieten: Armut, Kindheit und Jugend, Familie und Wohnraum, Gesundheitsvorsorge und Pflege. Armut ist das größte Zukunftsrisiko für die Gesellschaft. Unter der schwarz-gelben Landesregierung ist die Gründung einer Familie mit mehreren Kindern zum Armutsrisiko geworden. Lag zu Beginn der Regierungszeit von CDU und FDP die Quote der Armutsgefährdung noch bei 13,7 %, so stieg sie bis 2011 auf 15,7 %.

Eine SPD-Landesregierung wird die Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt des Landes wieder übernehmen. Sie wird sich nicht mit dem Teufelskreis aus Armut und Perspektivlosigkeit abfinden. Die Leitlinie sozialdemokratischer Armutsbekämpfung wird durch die gerechte Verteilung von Chancen und Lebensperspektiven markiert.

Dabei wissen wir um die wichtige Rolle der Freien Wohlfahrtsverbände bei der Gestaltung des sozialen Niedersachsens. Eine SPD-Landesregierung wird deshalb das Prinzip der Subsidiarität weiterhin als zentrale Säule ihrer Politik betrachten und die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege absichern.

In Niedersachsen steht eine weitere große Aufgabe an: die Inklusion, die gleichberechtigte, vollwertige und wertschätzende Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle Lebensbereiche der sozialen Gemeinschaft. In Niedersachsen sind knapp 700.000 Frauen und Männer schwerbehindert. Die Zahl von Menschen mit Behinderungen steigt ständig, zumal die Gesellschaft älter wird.

1. Inklusives Niedersachsen – gemeinsam leben, lernen und arbeiten

Nach der UN-Konvention von 2009 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen muss Inklusion in allen Lebensbereichen weltweit und ganz konkret erfolgen. Vom gemeinsamen Aufwachsen in der Familie, dem Lernen in der Schule, dem Zugang zu Arbeitsmarkt und Wohnraum bis zur Alterspflege müssen Menschen mit und ohne Behinderungen die gleiche Chance zu selbstbestimmtem Leben und Handeln haben.

Schwarz-Gelb in Bund und im Land Niedersachsen missachtet die UN-Konvention. Mit Ausnahme des Rechtsanspruchs auf inklusive Schulbildung wurden bisher keine spürbaren Verbesserungen in der Arbeitswelt oder für das Leben in der Gemeinschaft erreicht.

Die neue Sozialpolitik der SPD richtet sich gegen diese Ausgrenzung. Menschen mit Handicap können zwar vom Kindergarten bis zum Pflegeheim qualitativ hochwertige Förderung und Pflege erhalten – aber bisher sind und bleiben sie weitgehend isoliert. Dabei wollen Menschen mit Behinderungen vor allem eines – dabei sein, dazu gehören und selbstbestimmt leben können. Die neue Sozialpolitik der SPD macht Ernst mit Solidarität und Chancengleichheit. Sie wird ein inklusives Niedersachsen schaffen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- ein Sofortprogramm zur Gestaltung des inklusiven Niedersachsens starten. Ein Aktionsbündnis wird unter Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Selbsthilfeverbänden unverzüglich einen Aktionsplan für Niedersachsen erarbeiten und erste Schritte für Inklusion, Barrierefreiheit und direkte Teilhabe festlegen (siehe dazu Kapitel II.2),

- inklusive Förderkonzepte durch effektiveren Einsatz von Mitteln finanzieren, die durch Kooperation und Bündelung von Leistungen, Umstellung auf individuelle Hilfen, bessere Beratung und Teilhabeplanung frei werden,
- den Weg zu einem inklusiven ersten Arbeitsmarkt durch ein Maßnahmenbündel öffnen: besseres Informieren der Unternehmen über Hilfsmöglichkeiten bei Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsassistenz; individuelle Vermittlung von Menschen mit Behinderungen durch Fachpersonal der Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Integrationsfachdienste durch entsprechende Maßnahmen fördern; neue Leistungsangebote zur Qualifizierung, Bildung und Arbeit auch in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM),
- inklusives Wohnen als Aufgabe für alle staatlichen Stellen und in Vorrangstellung bei der öffentlichen Städtebau- und Wohnraumförderung verankern. Dabei werden die Kommunen mit Unterstützung des Landes die Hauptrolle übernehmen. Menschen mit Behinderungen müssen Wahlmöglichkeiten von verschiedenen Wohnformen mit unterschiedlichen Serviceleistungen erhalten,
- die Vereinheitlichung und Zusammenfassung des Behindertenrechts auf der Bundesebene vorantreiben. Menschen mit Teilhabebedarf sollen ihre Leistungen aus einer Hand erhalten, bedarfsgerecht und personenbezogen. Rehabilitationsträger von der Bundesagentur für Arbeit bis zur Jugend- und Sozialhilfe sollen regionale Arbeitsgemeinschaften bilden, um bedarfsgerechte Hilfsstrukturen zu ermöglichen,
- das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz (NBGG) so modernisieren, dass die Vorgaben der UN-Konvention berücksichtigt werden und künftig auch der uneingeschränkte Zugang zu allen Lebensbereichen erfasst wird. Daran beteiligt werden Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache.

2. Familien – Verantwortung in neuen Lebensformen

Für die SPD ist Familie dort, wo Kinder sind. Der Begriff „Familie“ umfasst auch sogenannte Patchwork-Familien mit wechselnden Strukturen für das Zusammenleben von Erwachsenen und Kindern. In manchen Beziehungen sind die Elternpartner nicht verheiratet, in anderen gleichgeschlechtlich. Auch die Zahl der Ein-Eltern-Familien hat zugenommen, zu 90 Prozent sind es alleinerziehende Frauen. Die selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz ist das Kernversprechen sozialdemokratischer Familienpolitik.

Moderne Familienpolitik bedeutet, dass Frauen und Männer gleichermaßen ein Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe haben. Männer müssen dabei auch in der Rolle des Erziehenden oder Pflegenden gesehen, gesellschaftlich akzeptiert und gestärkt werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht beide an. Die andauernden Bestrebungen von Schwarz-Gelb, das überholte Familienbild der sechziger Jahre wiederzubeleben, gehen an der gesellschaftlichen Realität vorbei. Stattdessen verdienen alle Familien mit Kindern staatliche Unterstützung – insbesondere dabei, familiäre Aufgaben wie Kindererziehung und Pflege von Angehörigen mit dem Beruf zu vereinbaren. Darüber hinaus müssen Familien in prekären Lebensverhältnissen eine „Grundsicherung“ für Kinder erhalten, um deren Betreuungs- und Bildungsangebote zu sichern: Sie umfasst alle auf Kinder bezogenen Leistungskomponenten wie Kindergeld, Elterngeld, Kinderzuschlag und beitragsfreie Kindertagesstätten.

Nicht mehr zeitgemäß sind die herkömmlichen Steuer- und Sozialleistungssysteme. So bezieht sich das Ehegattensplitting allein auf das traditionelle Rollenmuster einer Ehe mit einem Alleinverdiener. Die übliche Aufteilung der Steuerklassen nach dem Modell III/V benachteiligt Ehefrauen, da es für sie weniger Anreize auf höhere Einkommen und bei

Arbeitslosigkeit geringere Ansprüche auf Arbeitslosengeld bedeutet. Dieses Modell muss durch eine Individualbesteuerung mit Vertrauensschutz für Bestandseher ersetzt werden. Ziel der SPD ist es, steuerliche Anreize zu setzen, wo Kinder sind.

Eine SPD-Landesregierung wird

- einen flächendeckenden Auf- und Ausbau von Familienzentren unterstützen, die Eltern in allen Lebensbereichen Beratung aus einer Hand anbieten. Die bereits bestehenden Mehrgenerationenhäuser und Familienbildungszentren sind in diesem Sinn weiter zu entwickeln. Die SPD setzt dabei insbesondere auf die Unterstützung der Wohlfahrts- und Familienverbände,
- Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr mit Rechtsanspruch auf einen Krippen- oder Kindergartenplatz sicherstellen (*siehe Kapitel II.2*),
- Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass auch für Unternehmen betriebliches Engagement bei Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger selbstverständlicher Bestandteil einer aktiven Personalpolitik ist,
- die Rolle der Väter in der Erziehung durch ein Handlungskonzept zur künftigen Entwicklung der Väterarbeit stärken und so, insbesondere in der Arbeitswelt, für mehr gesellschaftliche Akzeptanz sorgen,
- Konzepte für die Entzerrung der Arbeitszeit vorlegen, die Menschen einen temporären Rückzug vom Arbeitsplatz für Erziehungs- und Pflegezeiten ohne Beeinträchtigung der Stellung im Betrieb ermöglichen. Begleitend werden die Angebote der Familienerholung und Familienfreizeiten für bedürftige Familien gefördert,
- die lokalen „Bündnisse für Familie und Beruf“ stärken und weiter entwickeln.

3. Kindheit und Jugend – Rückhalt plus Prävention

In frühester Kindheit werden die Weichen für ein gesundes und glückliches Aufwachsen und für die Entfaltung der Persönlichkeit gestellt. Aber: Von Armut in den Familien werden am meisten junge Menschen betroffen. Soziale Ausgrenzung und Ausgrenzung bei Bildungschancen kann für sie lebenslange Armut bedeuten. Und: Während die meisten Menschen Familie mit privatem Glück, Geborgenheit und Sicherheit verbinden, ist sie doch viel zu oft auch Ort von Kindesmisshandlungen, Missbrauch und Verwahrlosung. Kinder brauchen Rückhalt, eine Politik im Interesse der Kinder schafft ein Schutznetz für Kinder und Jugendliche.

Die steigenden Zahlen der Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen belegen, dass die Gefahr einer Kindeswohlgefährdung inzwischen deutlicher gesehen wird. Andererseits unterstreichen diese Zahlen aber auch die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen.

Verbesserungen für Kinder müssen bisher noch immer gegen den massiven Widerstand von CDU und FDP durchgesetzt werden. So war es die SPD, die 2009 gemeinsam mit den Verbänden und der Öffentlichkeit die jahrelange schwarz-gelbe Blockade gegen die Aufnahme von Kinderrechten in die Niedersächsische Verfassung beenden konnte. Seitdem heißt es, diese neuen Rechte mit Leben zu füllen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- mit einem Niedersächsischen Kinderschutz und -fördergesetz Unterstützung für Kinder neu ausrichten und mit den Kommunen auf ein stabiles Fundament stellen,
- flächendeckend lokale Netzwerke und Familienzentren unter Einbindung der Mehrgenerationenhäuser aufbauen, um lückenlos und möglichst niedrigschwellig Unterstützung anzubieten. Bereits bestehende Angebote der Frühförderung, Beratung und Betreuung sollen darin eingebunden werden,
- in einem Landeskinderschutz- und -förderbericht die Situation von Kindern regelmäßig auswerten, um zielgenau Hilfe und Unterstützung anzusetzen,
- nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages eine Kinderkommission einrichten, die sich um die Interessen der niedersächsischen Kinder kümmert.

Niedersachsen darf keinen jungen Menschen verloren geben. Doch hinter der vergleichsweise niedrigen Jugendarbeitslosigkeit verbirgt sich eine tiefe Spaltung zwischen Bildungsgewinnern und -verlierern. Die CDU/FDP-Landesregierung vertieft diese Spaltung noch mit dem Rückzug aus erfolgreichen Landesprogrammen zur Qualifizierung und Weiterbildung benachteiligter Jugendlicher. Gewaltprävention und Bekämpfung rechtsextremistischer, rassistischer und antidemokratischer Tendenzen dümpeln vor sich hin. Das schwarz-gelbe Kabinett beweist mit der Einrichtung des geschlossenen Kinder- und Jugendheims in Lohne, dass es in der Arbeit mit schwierigen, auch kriminellen Jugendlichen, vor allem auf Strafe, Repression und Einschüchterung setzt. Aufgaben des Landes als überörtlicher Jugendhilfeträger werden seit Auflösung des Landesjugendamts und der Abschaffung des Jugendhilfeausschusses faktisch nicht mehr wahrgenommen.

Schwarz-Gelb gefährdet mit der Unterstützung der sogenannten SGB II-Instrumentenreform durch die Bundesregierung auch die erfolgreiche Arbeit der mehr als einhundert niedersächsischen Jugendwerkstätten mit mehreren tausend Jugendlichen. Darüber hinaus hat die Koalition die Beteiligung Jugendlicher an ihren Interessenvertretungen auf Landesebene gekappt.

Eine SPD-Landesregierung wird diesen falschen Kurs korrigieren. Sie wird

- das Niedersächsische Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) novellieren. Damit kehren Fachlichkeit und Mitbestimmung der Betroffenen zurück in die Jugendpolitik des Landes. Der Landesjugendhilfeausschuss wird wieder eingeführt und die erneute Einrichtung des Landesjugendamts geprüft.
- die Jugendpolitik ganzheitlich betrachten und gemeinsam mit allen Akteuren ein Landeskonzert zur Jugendarbeit einschließlich der Jugendkulturarbeit vorlegen.
- Kinder- und Jugendhilfe wieder ganzheitlich zwischen kommunaler und Landesebene gestalten. Dort, wo die Kommunalisierung der Kinder- und Jugendhilfe notwendig ist, werden Kommunen partnerschaftlich so gestärkt, dass sie dieser Aufgabe nachgehen können.
- die Vertrauensbasis des Landes gegenüber den Trägern der ehrenamtlichen Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit wieder herstellen. Die Träger erhalten Planungssicherheit. Ihre Arbeit für die soziale Daseinsfürsorge ist unverzichtbar.

- wieder in der präventiven Jugend(sozial)arbeit aktiv. Das Land wird die Korrektur der SGB II-Instrumentenreform fordern, um u.a. die Arbeit der niedersächsischen Jugendwerkstätten dauerhaft zu sichern.
- die Maßnahmen zur Gewaltprävention in Schulen sowie in der Kinder- und Jugendhilfe erweitern und verstärken.
- die Suchtprävention und Suchtbekämpfung bei Kindern und Jugendlichen ausbauen. Dabei sind über Alkohol- und Drogenmissbrauch hinaus auch sogenannte Verhaltenssuchte wie Ernährungsstörungen oder Onlinesucht zu beachten.
- das Asyl- und Staatsbürgerschaftsrecht so ändern, dass Jugendliche, junge Erwachsene oder deren Familienangehörigen nicht mehr von Abschiebung bedroht werden und ein Schulabschluss in Niedersachsen mit einer unbefristeten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verbunden wird.

4. Gute Pflege für Alle – oberstes Gebot Qualität

Mitten im Leben: Älteren Menschen diese Möglichkeit zu geben, ist für Politik und Gesellschaft eine Verpflichtung der Daseinsvorsorge – und ganz praktisch eine Frage menschenwürdiger Pflege und solidarischer Absicherung des Pflegerisikos. Heute entscheidet sich, wie wir morgen gepflegt werden. Der Marsch in die Billigpflege muss gestoppt werden. Qualität muss oberstes Gebot in der Pflege sein.

Unter Schwarz-Gelb steht Niedersachsens Pflege vor dem Notstand: Das Pflegesystem ist dramatisch unterfinanziert. Doch bis 2020 wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Niedersachsen um mehr als 60.000 auf dann über 300.000 ansteigen. Bereits jetzt fehlen rund 3.000 Pflegekräfte, bis 2020 werden es zehn Mal so viele sein. Dazu bestimmen schlechte Bezahlung und überfordernde Arbeitsbedingungen den Alltag des Pflegepersonals. Durch Kürzungen und Streichungen in der Pflege, vor allem in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, wurden die Probleme verschärft. Dies belastet zunehmend auch die Angehörigen, die ohnehin den größten Anteil der Pflegeleistungen schultern.

Eine SPD-Landesregierung will diese unwürdigen Zustände beenden. Auf der Bundesebene tritt sie für eine gesicherte Finanzierung des Pflegesystems durch eine Pflege-Bürgerversicherung ein. Sie wird eine gute und sichere Pflege gewährleisten:

- Die Altenpflegeausbildung wird durch Umlagen zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Einrichtungen mitfinanziert. Die Grundausbildung in der Alten-, Kranken- und Gesundheitspflege wird zusammengeführt, die Schulgeldfreiheit für die Schüler der Altenpflege wird gesetzlich abgesichert.
- Die Dumpinglohnspirale in der Pflegebranche muss durch eine tarifliche Entlohnung beendet werden: Gute Pflege braucht gute Arbeit.
- Die Pflegesätze müssen auf mindestens den durchschnittlichen Pflegesatz der westdeutschen Bundesländer angehoben werden.
- Zur Entlastung der Pflege in der Familie werden die Kürzungen in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege korrigiert.
- Der Bürokratieabbau wird durch Bündelung und gemeinsame Vollzugspläne der Prüfinstitutionen bei gleichzeitiger Reduzierung der Besuchsintervalle eingeleitet.

- Die kommunale Mitverantwortung für eine leistungsfähige Pflegeinfrastruktur und die Pflicht zur Vorlage kommunaler Pflegebedarfspläne werden gesetzlich verankert. Die kommunalen Kosten dafür werden im Rahmen der Konnexität vom Land finanziert.
- Die Palliativ- und Hospizversorgung wird im Dialog mit der Hospizbewegung und der Palliativmedizin flächendeckend ausgebaut. Tausende Freiwillige leisten in mehr als einhundert Hospizvereinigungen unschätzbare Arbeit, um schwerstkranken und sterbenden Menschen ein würdevolles Leben bis zum Tod zu ermöglichen und sie beim Sterben zu begleiten.

5 . Gesundheitsversorgung – Orientierung am Patienten

Gesundheit ist der Weltgesundheitsorganisation zufolge „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen“. Diesen Zustand für alle Menschen weitestgehend zu erhalten, gehört zu den Kernversprechen des Sozialstaats. Das Gesundheitsrisiko darf nicht privatisiert werden. Jede Form der Zwei-Klassen-Medizin nach schwarz-gelbem Muster ist unsozial. Maßstab für Gesundheitsleistungen sind medizinische Qualität und die Bedürfnisse von Patienten, nicht Lobbyinteressen.

Kennzeichen einer modernen Gesundheitspolitik ist eine leistungsfähige, sichere, flächendeckende und bezahlbare medizinische Versorgung. Grundlage dafür bleibt die paritätisch finanzierte Krankenversicherung mit einem einheitlichen Leistungskatalog und stabilen Beiträgen. Der Wandel im Altersaufbau der Bevölkerung, die strukturellen Veränderungen im ambulanten und stationären Sektor sowie wachsende regionale Unterschiede verlangen jedoch neue Wege. Es müssen zukunftsfähige und bedarfsgerechte Strukturen zur medizinischen Versorgung in allen Landesteilen geschaffen werden.

Die künstliche Trennung zwischen medizinisch ambulanter, stationärer und pflegerischer Versorgung hat sich überlebt. Sie führt zu Über-, Unter- und Fehlversorgung. Insbesondere in den ländlichen Gebieten muss eine regional abgestimmte medizinische Versorgung aus einer Hand entwickelt werden. Das erfordert Schwerpunktbildungen, regionale Kooperationen und auch Fusionen.

Auch Selbsthilfegruppen werden eine wachsende Bedeutung bekommen. Sie unterstützen Patientinnen und Patienten als Experten in eigener Sache und füllen so Defizite im sozialen Sicherungssystem aus. Sie sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie.

Entscheidender Ansatzpunkt für eine gute, insbesondere hausärztliche Versorgung ist nicht ein höheres Arzthonorar, sondern bessere Aus- und Weiterbildung in der Allgemeinmedizin. sechzig Prozent der Medizinstudierenden sind Frauen. Auch deshalb werden strukturpolitische Maßnahmen der Kommunen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer wichtiger.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung zur Gesundheitsversorgung vorantreiben,
- die Studienbedingungen an den Lehrstühlen für Allgemeinmedizin reformieren, die Weiterbildung von sowie die Umschulung zu Allgemeinmedizinerinnen und -medizinern fördern,
- Landesförderprogramme für Mediziner prüfen und anpassen, die sich auf dem Lande niederlassen wollen,

- Mobilitätskonzepte entwickeln, die Menschen in unterversorgten Regionen den hausärztlichen Besuch ermöglichen sollen,
- Formen der Kooperation zwischen den niedergelassenen Ärzten (ambulant) und Krankenhäusern (stationär) fördern, um Effizienz und Qualität der Versorgung zu verbessern,
- die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) stärken und weiterentwickeln. Das gilt vor allem für Gesundheitsvorsorge bei Kindern und Jugendlichen,
- ein Landesprogramm für geschlechtersensible Gesundheitsversorgung und Prävention starten, das auch dem besonderen Zugang von Männern zu diesen Leistungen gerecht werden soll,
- die Prävention von HIV-Infektionen unterstützen, um ehrenamtliches und privates Engagement gegen diese tödliche Krankheit zu ergänzen,
- ein Psychatriekonzept vorlegen, um die negativen Folgen der schwarz-gelben Privatisierung von Landeskrankenhäusern und besonders die Versorgungslücken in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beseitigen.

6. Krankenhausförderung – moderne Versorgung durch Kooperation

Die Krankenhauslandschaft hat sich verändert. Medizinischer Fortschritt senkt die Aufenthaltsdauer der Patientinnen und Patienten, technischer Fortschritt führt zu besserer, aber auch teurer Apparate-Medizin. Eingriffe, die früher eine stationäre Aufnahme notwendig machten, werden heute ambulant vorgenommen. Der Trend zu spezialisierten, größeren Krankenhäusern und zur Privatisierung ist unübersehbar. Die Bundesregierung ist aufzufordern, gleichberechtigte Rahmenbedingungen in der Krankenhausfinanzierung zu gewährleisten.

Diese Strukturveränderungen und die demografische Entwicklung erfordern neben präzisen Bedarfsplanungen mehr Abstimmung, Kooperation und Aufgabenteilung. Notwendig sind auch bessere ambulante Versorgungsnetze und integrierte Versorgung, Notfall- oder Portalkliniken mit moderner Diagnosefähigkeit, erhöhte Transportkapazitäten und neue Techniken wie die Telemedizin.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Chance verpasst, die Krankenhäuser zu modernisieren. Diese sind inzwischen chronisch unterfinanziert. Der Sanierungsstau wird inzwischen auf rund eine Milliarde Euro geschätzt. Niedersachsen ist bundesweit zum Schlusslicht in der Krankenhausfinanzierung geworden.

Eine SPD-Landesregierung wird die Krankenhausförderung wieder an den Bedürfnissen der Patienten orientieren. Ziel ist ihre sichere, flächendeckende und moderne Versorgung:

- Landesinvestitionen orientieren sich an Bedarfsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit.
- Kooperationen, Fusionen und Schwerpunktbildungen von Krankenhäusern müssen vorrangig gefördert werden. Dies gilt vor allem auch für unterversorgte Indikationen wie z.B. Geriatrie, Palliativmedizin oder Demenzerkrankungen.

- Konsequent und sektorenübergreifend müssen ambulante- und stationäre, pflegerische Versorgung verzahnt werden. Gesundheitsregionen sollen in diesem Sinne eingerichtet und weiterentwickelt werden.
- Krankenhaushygiene erhält höchste Priorität.
- In jeder Klinik soll es Patientenfürsprecher geben.

Die SPD befürwortet die Organspende und ermutigt die Bevölkerung, mit einem Organspende-Ausweis nach dem Tod ihre Bereitschaft zu Organ- und Gewebeentnahme zu dokumentieren. Der Mangel an Spenderorganen gefährdet Leben. Allerdings erfordern ärztliche Geschäftemacherei und kriminelle Bevorzugung von Patientinnen und Patienten transparente und eindeutige Regelungen in diesem sensiblen Medizinbereich.

Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen,

- dass die neuen bundesweiten Regelungen zur Organtransplantation umgehend in Landesrecht umgesetzt werden, um möglichst bald Rechtssicherheit zu gewinnen,
- dass in allen Krankenhäusern mit Intensivbetten Transplantationsbeauftragte bestellt werden.

7. Soziale Gesundheitswirtschaft – Masterplan für neue Branche

Mit rund 370.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie einem prognostizierten Wachstum von jährlich drei Prozent gehört die soziale Gesundheitswirtschaft zu den großen und vielversprechenden Wirtschaftsbranchen im Land. Allein für Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden jährlich mehr als zwanzig Milliarden Euro ausgegeben. Neben erfolgreichen Krankenhäusern, großen Kurzentren, innovativer Medizinforschung und -technologie hat Niedersachsen mit Küste, Harz und Heide auch landschaftlich exzellente Voraussetzungen, zum Spitzenland im Gesundheits-, Sport- und Wellness-tourismus zu werden.

Zwei starke Trends verleihen der Gesundheitswirtschaft Perspektive: Der individuelle Drang nach Fitness, Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden schon bei jungen Leuten und der demografische Wandel. In seinem Gefolge steigen die Aktivitäten von Wellness und Gesundheitsvorsorge. Betriebliche Gesundheitsvorsorge und Rehabilitation werden zudem bei verlängerten Lebensarbeitszeiten immer wichtiger.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Potenziale der Gesundheitswirtschaft und ihres Beschäftigungsmarkts nicht genutzt. Im bundesweiten Vergleich liegt Niedersachsen heute gemeinsam mit Thüringen auf dem vorletzten Platz.

Eine SPD-Landesregierung wird

- einen „Masterplan soziale Gesundheitswirtschaft Niedersachsen“ vorlegen. Sie wird damit Niedersachsen als starken Standort für die soziale Gesundheitswirtschaft etablieren. Der Masterplan enthält Konzepte für den für regionalen Ausgleich und definiert Qualitätsstandards für Güter und Dienstleistungen der Branche.

8. Wohnungspolitik – gebündelte Förderung für soziale Stabilität

In den Städten fehlen zunehmend Wohnungen für Menschen mit unterem und mittlerem Einkommen, in ländlichen Regionen stehen dagegen Wohnungen leer. Während der freie

Wohnungsmarkt vor allem die Bedürfnisse der oberen Einkommen bedient, wurde die soziale Wohnraumförderung vernachlässigt. Zwischen 2002 und 2012 sind die Belegrechte in Niedersachsen von 114.957 auf 84.755 Bindungen gesunken. Hinzu kommt besonders in den großen Städten ein rasanter Anstieg der Mieten.

Die Entwicklung des Wohnungsmarkts in Niedersachsen ist unter Regie der schwarz-gelben Landesregierung besorgniserregend. Es fehlen in Stadt und Land sozial orientierte Strategien für einen differenzierten Marktausgleich. Daran ändert auch nichts die jüngste 10-Millionen-Aufstockung des Wohnraumförderungsprogrammes auf 49,9 Millionen €. Damit lassen sich landesweit kaum zweihundert Wohnungen fördern – das ist nicht mehr als der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein.

Die SPD wird die strukturpolitische und soziale Schieflage in der Wohnungspolitik beseitigen. Sie wird die Prioritäten für Förderung von der Eigentumsbildung durch Neubau zur Sanierung im Bestand verschieben. Sie wird alle Förderinstrumente von Bund und Land darauf konzentrieren, die soziale Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten und die soziale Stabilität der Wohnquartiere zu sichern.

Die „zweite Miete“ aus Betriebs- und Nebenkosten wird bei steigenden Energiepreisen für viele Bevölkerungsschichten zur Belastung. Die erforderlichen Investitionen für Energiewende und Klimaschutz lassen sich häufig nicht umsetzen, weil der Markt die Umlage der Sanierungskosten nicht hergibt bzw. Mieter weitere Mietsteigerungen nicht bezahlen können. Insofern scheitert die energetische Gebäudesanierung nicht am angeblich zu starren Mieter- und Verbraucherschutz. Statt der von der Bundesregierung veranlassten Änderung des Mietrechtes zulasten der Mieterinnen und Mieter muss eine ausreichende und gezielte Förderung die klimapolitischen Ziele unterstützen.

Eine SPD-Landesregierung wird Initiativen ergreifen,

- um die Wohnraummittel durch den Bund in mindestens der bisherigen Höhe zu erhalten sowie die Zweckbindung für den Wohnungsbau auf Landesebene umzusetzen.
- um die Mittel der sozialen Wohn- und Städtebauförderung koordiniert einzusetzen und aufzustocken.
- um in Stadtquartieren und Ortsteilen einen Mindestbestand von Sozialwohnungen zu erhalten.
- um die Förderung von Eigentumsmaßnahmen auf einkommensschwache junge Familien zu konzentrieren.
- um Mieter finanziell zu unterstützen, wenn sie bei der Wohnungsumwandlung in Eigentum ihr Vorkaufsrecht ausüben wollen. Dies trägt dazu bei, Gentrifizierung zu vermeiden.
- um in ländlichen Regionen die Fördermöglichkeiten der Dorfentwicklung zu ergänzen, um Leerstände abzubauen. Schwerpunkte dabei sind Häuser, die das Ortsbild prägen und der Rückbau von verfallenen Gebäuden in den Ortszentren.
- um bezahlbare altersgerechte, barrierefreie und energieeffiziente Wohnungen zusätzlich zu schaffen bzw. umzubauen.
- um Niedersachsen zu einer europaweiten Pilotregion für nachhaltiges Bauen zu machen.

VI. NEUE FINANZ-, INNEN- UND JUSTIZPOLITIK – FÜR DAS LEBEN IN DER DEMOKRATIE

1. Finanzen – seriöse Konsolidierung des Landeshaushalts

Bund und Länder sind nach der Verfassung verpflichtet, die Staatsverschuldung zu begrenzen und Haushaltsdefizite abzubauen. Ab 2020 greift die Schuldenbremse auch für die Länder. Die SPD bekennt sich zu der Notwendigkeit, den Landeshaushalt zu konsolidieren und eine entsprechende Verfassungsänderung vorzunehmen. Allerdings darf aus der Schuldenbremse keine Zukunftsbremse werden: Das Land muss seine Aufgaben weiter erfüllen und Spielräume für Investitionen und Innovationen behalten – für Zukunftsaufgaben wie Bildung und Bewältigung des demografischen Wandels. Zu einer nachhaltigen Haushaltsführung gehören notwendige Investitionen. Auch zukünftige Generationen benötigen eine gute Infrastruktur.

CDU und FDP haben sich in zehnjähriger Regierungszeit zu den größten Schuldenkönigen Niedersachsens entwickelt: Sie haben die Landesschulden um fünfzig Prozent von rund vierzig auf die Rekordsumme von rund sechzig Milliarden Euro gesteigert. Schwarz-Gelb wird bei einem Regierungswechsel 2013 jedem Niedersachsen die Schuldenlast von 8.760 € hinterlassen. Aus durchsichtigen Gründen will sich nun die gleiche Regierung für den Beschluss feiern lassen, Schuldenabbau bereits ab 2017 zu betreiben: ohne seriöse Folgenabschätzung, ohne zu sagen, wo genau gespart werden soll und ohne wirksamen Schutz für den Landeshaushalt und die Kommunen. Das ist alles andere als seriös.

Die mit der Schuldenbremse verbundene zukünftige Änderung der Verfassung wird die folgenreichste seit Bestehen des Landes sein. Sie erfordert ein jährliches Volumen an Einsparung bzw. Neufinanzierung von derzeit 1,5 Milliarden €. Immerhin entspricht diese Summe etwa zwei Drittel der bisherigen Sozialausgaben oder einem Drittel der Ausgaben für Bildung, Forschung und Kultur. Dies erfordert einen realistischen Konsolidierungspfad – der mangels seriöser Vorbereitung durch Schwarz-Gelb der Politik allerdings einen Gestaltungsspielraum bis zum Jahr 2020 lassen muss.

Eine SPD-Landesregierung wird die Schuldenbremse verantwortungsvoll planen und:

- im ersten Schritt eine präzise Analyse der Rahmendaten des Landeshaushalts vornehmen,
- im Rahmen der konkreten Finanzplanung die Risiken für Einnahmen und Ausgaben abschätzen,
- unbeherrschbare Haushaltsrisiken für das Land und die Kommunen ausschließen,
- für künftige Landesausgaben klare Prioritäten setzen,
- Initiativen zur Einführung einer Vermögenssteuer und zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit dem Ziel ergreifen, Investitionen in Infrastruktur und Bildung vornehmen zu können,
- sich für eine bedarfsgerechte Personalausstattung der Finanzverwaltung einsetzen.

2. Kommunen – starke Selbstverwaltung durch sichere Finanzen

Nirgendwo zeigt sich Demokratie direkter als in den Kommunen, Kreisen und Regionen. Hier ist der Mittelpunkt der Gesellschaft, hier leben und arbeiten die Menschen, und hier begegnen sie im Idealfall auf Augenhöhe dem Staat und seinem Handeln.

Die Menschen merken, ob es ihrem Gemeinwesen schlecht geht, ob es vernachlässigt wird. Sie fühlen sich in dieser überschaubaren Welt geborgen, weil die Polizei für Sicherheit und Ordnung sorgt. Oder sie sind unsicher, weil sie sich schutzlos fühlen – nicht zuletzt gegenüber rechtsextremistischen Auswüchsen. Sie beurteilen die Justiz nach der Unabhängigkeit der Gerichte – und registrieren, wenn die Rechtsprechung überfordert ist. Wenn sie als Migranten hier leben, merken sie schnell, ob sie willkommen und gleichberechtigt sind oder nicht.

Niedersachsen braucht eine neue Politik. Das zeigt sich besonders am inneren Zustand des Landes: Kommunen und Kreise in Not, Regionalentwicklung nach dem Zufallsprinzip, zu viel Bürokratie und schlechte Stimmung bei der Polizei, eine Justiz, die in Teilen vor dem Arbeitspensum kapituliert, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund auf halbem Wege stecken geblieben.

Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise brauchen eine starke, handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung und stabile Finanzen, um gemeinsam mit den Menschen den Alltag und die Zukunft zu gestalten. Die wichtigsten Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge – Schulen und Kitas, Sozialeinrichtungen und Rettungsdienste, Müllabfuhr, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, schließlich der ÖPNV: Sie müssen in allen Teilen des Landes funktionieren – auch dort, wo wegen des Bevölkerungsrückgangs weniger Menschen leben.

Die allgemein dramatische Verschlechterung der kommunalen Finanzen verstärkt das Ungleichgewicht zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen weiter. In den vergangenen neun Jahren sind unter Schwarz-Gelb die Liquiditätskredite, die Dispo-Kredite der Kommunen, von gut zwei auf mehr als fünf Milliarden Euro gestiegen. In manchen Jahren konnten weit mehr als die Hälfte der Kommunen ihre Haushalte nicht ausgleichen. Die Folgen sind landauf, landab in Niedersachsen zu sehen: Öffentliche Gebäude und Straßen werden vernachlässigt, der Krippenausbau kommt nicht voran, kulturelle und soziale Angebote werden abgebaut oder gestrichen.

Durch Gesetzesänderungen von CDU/FDP ist das Kommunalwahlrecht verschlechtert worden: Die lange Amtszeit von (Ober)Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Landrätinnen und Landräten trennt willkürlich deren Wahl von der der Räte und Kreistage. Die Abschaffung der Stichwahl für Hauptverwaltungsbeamten schwächt ihre Legitimation und die kommunale Demokratie. Die niedersächsischen Kommunen und Kreise müssen aus ihrer Notlage befreit werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die kommunale Selbstverwaltung stärken und Möglichkeiten der Kommunen zur wirtschaftlichen Betätigung absichern sowie einengende Regelungen aufheben,
- wie andere sozialdemokratisch geführte Länder die niedrigen Zinsen nutzen, um ein ernsthaftes Entschuldungsprogramm für Niedersachsens Kommunen aufzulegen,
- die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen. Der kommunale Finanzausgleich muss demografiefest umgestaltet werden, dabei geht es auch um die Zukunft der Wohnerveredelung und des Flächenfaktors, denn Bevölkerungswachstum oder

schrumpfende Einwohnerzahlen werden mit ihren finanziellen Wirkungen unzureichend abgebildet. Dies wollen wir ändern,

- dafür sorgen, dass von den notwendigen Steuererhöhungen auf Bundesebene ein aufgabengerechter Anteil an die Kommunen gelangt und die Entlastungen der Kommunen durch den Bund nicht in der Landeskasse hängen bleiben,
- die Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung nicht zulasten der Kommunen einführen und Bundesgesetzen ablehnen, die kommunale Einnahmen schmälern oder ihnen neue Aufgaben ohne finanziellen Ausgleich zuweisen,
- bei Kommunalwahlen die Wahl der Hauptverwaltungsbeamten wieder mit den Rats- und Kreistagswahlen verbinden und die Stichwahl für sie einführen.

3. Landesbeauftragte – Kompetenz in und für Regionen

Regionale Förderung und Entwicklung heißt vor allem, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit der Politik für den ländlichen Raum zu koordinieren. Mit der wachsenden Bedeutung der europäischen Union müssen ebenso intensiv die Wirtschaftsregionen des Landes mit der EU verknüpft werden. Für Niedersachsen als Agrarland Nummer Eins ist das besonders wichtig.

Die SPD wird deshalb ein Ministerium für Europa, Regionale Entwicklung und Landwirtschaft einrichten. Hier werden Kompetenzen gebündelt, Vergabe-Entscheidungen über die Mittel des europäischen Strukturfonds getroffen und der Strukturwandel in den Regionen aktiv begleitet. Bei diesem Strukturwandel brauchen die Regionen des Landes dezentrale staatliche Entscheidungskompetenzen, um ihren jeweiligen Entwicklungsperspektiven gerecht zu werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat 2005 mit der Abschaffung der Bezirksregierungen unübersichtliche, ineffiziente Verwaltungsstrukturen geschaffen und die Regionen ins Abseits gestellt.

Mit einer SPD-Landesregierung bekommt der Sachverstand in Niedersachsens Regionen wieder eine Chance und Entscheidungskompetenz kehrt in die Fläche zurück:

- Vier Landesbeauftragte werden in Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg angesiedelt. Sie nehmen dort im Auftrag der Landesregierung verbindliche Entscheidungsbefugnis wahr.
- Die Landesbeauftragten werden dem neuen Ministerium für Europa, regionale Entwicklung und Landwirtschaft angehören. Sie arbeiten dort als Regionalabteilungen der Landesregierung.

Die Landesbeauftragten sollen koordinieren und konzentrieren, reibungslos dezentrale Entscheidungen ermöglichen und die Entwicklung der Regionen voranbringen. Kommunen und die Wirtschaft haben damit wieder direkte Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und die Regionalentwicklung wird mit den Akteuren vor Ort geplant. Die Landesbeauftragten sind Anwälte der Regionen und deren Entwicklungsagenturen in einer Person.

4. Polizei der Bürger – Garant für öffentliche Sicherheit

Ob im Straßenverkehr oder bei der Verbrechensbekämpfung, ob bei Demonstrationen oder der Begleitung von Fußballspielen: Die niedersächsische Polizei ist ein Garant für öffentliche Sicherheit. Als Polizei der Bürgerinnen und Bürger vereinigt sie umfassende Ermittlungskompetenz und ausreichende Präsenz „auf der Straße“. Die große Polizeireform

in den neunziger Jahren hat gut funktionierende Strukturen hinterlassen – in der integrierten Aus- und Fortbildung von Schutz- und Kriminalpolizei wie auch in der Arbeit vor Ort.

Inzwischen hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Integration von Kriminal- und Schutzpolizei bürokratisch verwässert und den Polizeidienst mit Verwaltungsaufgaben überfrachtet. Zunehmend werden Polizeibeamtinnen und -beamte für Verwaltungstätigkeiten eingesetzt. Ihren inneren Alltag bestimmen unbefriedigende Arbeitsbedingungen und fehlende Aufstiegs- und Zukunftschancen. Mehr als nur symbolisch steht dafür der sogenannte „A11-Erlass“, der eine Beförderung zur Hauptkommissarin oder zum Hauptkommissar von bestimmten Dienstposten abhängig und damit für die meisten Beamten unmöglich macht.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Entwicklungschancen im Polizeidienst gerechter gestalten und Aufstiegschancen verbessern. Dazu gehört die Rücknahme des sogenannten „A 11-Erlasses“. Im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten wird schnellstmöglich wieder die Voraussetzung geschaffen, grundsätzlich in jeder Funktion nach A 11 BBesO befördert zu werden. Zu diesen Fragen wird der Dialog zu allen Berufsvertretungen unverzüglich wieder aufgenommen.
- die Selbstständigkeit der Polizei vor Ort stärken, damit sie Kriminalität bürgernah und lokal angepasst bekämpfen kann. Bei der Polizei und insbesondere dem Landeskriminalamt sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine zügige Erstellung von Gutachten durch Sachverständige zu ermöglichen. So kann Kriminalität in allen Deliktfeldern zügig und effizient bekämpft werden.
- sich für eine Fortentwicklung der niedersächsischen Polizei zu einer Bürgerpolizei im Sinne einer bürgernahen und an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Polizei einsetzen.
- dafür sorgen, dass die Polizei vernetzt und mit modernen Medien auf die neuen Formen von Kriminalität wie die „Internetkriminalität“ reagieren kann.
- flächendeckende Videoüberwachung in den Kommunen ebenso ablehnen wie den Einsatz privater Sicherheitsdienste als Polizeiersatz im öffentlichen Raum. Eine Videoüberwachung ist nur dort vorzunehmen, wo sie konkret der Kriminalitätsbekämpfung dient.
- mit den Gewerkschaften und den Berufsvertretungen einen Weg prüfen, ob und in welcher Form in Niedersachsen eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte eingeführt werden soll.
- vornehmlich Verwaltungsbeamtinnen und –beamte sowie Tarifbeschäftigte statt Polizistinnen und Polizisten für reine Verwaltungsaufgaben heranziehen.
- die Verkehrssicherheit erhöhen, denn Niedersachsen ist trauriger Spitzenreiter unter den „alten“ Bundesländern bei der Zahl der Verkehrstoten.

5. Rechtsextremismus – mit allen Mitteln dagegen

Die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle hat erneut gezeigt, wohin politischer Rechtsextremismus führen kann. Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) steht in der braunen Tradition rechtsextremistischer Terrorakte wie dem Oktoberfest-Attentat oder auch

den Gewalttaten von Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen. Hass, Fremdenfeindlichkeit, Gewaltbereitschaft und übersteigter Nationalismus sind Grundlagen des rechtsextremen Terrors. Die polizeiliche Aufklärung der Terrorakte muss mit politisch entschlossenem Vorgehen gegen organisierten Rechtsextremismus einhergehen.

Fremdenfeindlichkeit, nationalistische Einstellung und autoritäre Ordnungsvorstellungen sind in der Gesellschaft als politische Orientierungen immer noch verbreitet. Immer noch werden Menschen wegen einer Behinderung, ihrer Herkunft, Hautfarbe, sexuellen Orientierung oder Sprache, wegen ihres Glaubens oder Geschlechts diskriminiert und ausgegrenzt. Solche Verhaltensweisen spielen rechtsextremistischen Gruppen in die Hände. Abstiegsängste, Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit mit dem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System: Die unter der schwarz-gelben Landesregierung voranschreitende soziale Spaltung beugt rechtsextremer Gesinnung nicht nachhaltig vor.

Eine gute Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Jugend- und Integrationspolitik ist die beste Politik für eine demokratische Gesellschaft. Für die SPD ist es jedenfalls ein Gebot der Menschlichkeit und politische Verpflichtung zugleich, rechtsextremistische Denkmuster und rechtsextremistische Organisationen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beginnt in der Grundschule – durch Demokratie-Erziehung und Aufklärung über die Menschenrechte. Erfolgreich aber ist sie letztlich nur dann, wenn Chancengleichheit, soziale Absicherung und sichere Zukunftsperspektiven in der Gesellschaft politisch glaubhaft verankert werden.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- die Sicherheitsbehörden so ausstatten und organisieren, dass sie erfolgreich gegen den Rechtsextremismus vorgehen können und sich Fehler wie bei der Verfolgung der Zwickauer Terrorzelle nicht wiederholen,
- in Anbetracht der Geschehnisse um rechtsextremistische Gewalttaten Struktur und Arbeit des Verfassungsschutzes auf den Prüfstand stellen,
- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und den Kampf gegen neonazistische und rechtsextremistische Organisationen vorantreiben,
- eine mittelbare Parteienfinanzierung der NPD über V-Leute beenden,
- sich dafür einsetzen, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus auf allen Ebenen unterstützt wird und sich auf Bundesebene für die Abschaffung der „Extremismusklausel“ einsetzen.

6. Justiz – Impulse für eine aufgeklärte Gesellschaft

Rechtspolitik ist Gesellschaftspolitik. Von ihr gehen die entscheidenden Impulse für eine moderne, aufgeklärte und sozial gerechte Zivilgesellschaft aus. Gleichzeitig ist die Justiz die rechtsprechende „dritte Gewalt“ im Staat. Als Grundpfeiler der rechtsstaatlichen Ordnung kommt ihr eine besondere Bedeutung zu.

Vor dem Gesetz sind alle gleich. Dieser eherne Grundsatz gilt auch für eine moderne Justiz. Er begründet den Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf uneingeschränkten und gleichen Zugang zu Justiz und ein Gerichtswesen, das in angemessener Zeit zu gerechten Entscheidungen kommen muss: unabhängig vom sozialen Status und barrierefrei.

Eine effektive, verlässliche Rechtsprechung und schnelle Vollstreckung haben auch für Wirtschaftsunternehmen hohe Bedeutung. Eine gute Justizpolitik stärkt deshalb den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

Für die SPD ist in der rechtsstaatlichen Justiz und ihren hoheitlichen Aufgaben kein Platz für Privatisierungsbestrebungen. Dies gilt auch für die Sicherheit in den Gerichtssälen, die Arbeit der Gerichtsvollzieher und den Strafvollzug. Ein moderner, humaner Strafvollzug schafft Bedingungen für Kriminalitätsprävention durch Resozialisierung.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die von der schwarz-gelben Landesregierung eingeleiteten Privatisierungsschritte wie bei der JVA Bremervörde auf vertragliche Ausstiegsoptionen prüfen. Gleichzeitig soll für alle Justizvollzugsanstalten ein neues Erhaltungsmanagement prüfen, in welchen Vollzugsanstalten Sanierungsbedarf besteht.
- durch eine zukunftssichere Struktur die Verankerung der Justiz in der Fläche auf Dauer sichern und zugleich Synergieeffekte nutzen. So soll geprüft werden, ob unterschiedliche Gerichte zu Justizzentren zusammengelegt werden können.
- eine Ausweitung des Täter-Opfer-Ausgleichs auf weitere Delikte anstreben und den Opferschutz so stärken, dass der Zeugenschutz verbessert und die Aufklärung über finanzielle und soziale Hilfsmöglichkeiten intensiviert wird.
- die Sozialtherapie als Vorbereitung auf ein straffreies und selbstbestimmtes Leben nach der Haft ausbauen und ein Psychatriekonzept für den Justizvollzug entwickeln.
- den Einsatz der elektronischen Fußfessel prüfen, ob sie hilft, Rückfälle zu vermeiden und dabei die Persönlichkeitsrechte der Überwachten gewahrt sind.
- Haftvermeidungsprojekte wie „Schwitzen statt Sitzen“ unterstützen.
- Gesetze für den Jugendvollzug und den Jugendarrestvollzug schaffen.
- das Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung so verändern, dass therapeutische Ansätze den Schwerpunkt bilden.
- den ambulanten Justizsozialdienst für Haftentlassene verbessern, ihn dem Justizministerium unterstellen und ein gemeinsames Übergangsmanagement von Justizsozialdienst und Bewährungshilfe entwickeln.
- den Zugang zu den Gerichten allen Bevölkerungsschichten sichern und Veränderungen bei der Prozesskosten- und Beratungshilfe verhindern, die diesem Ziel widersprechen. Weiterhin wird sie die Einführung einer Mediationshilfe einfordern, um sozial schwachen Bürgern die außergerichtliche Einigung bei Streitigkeiten in allen Rechtsgebieten zu ermöglichen.

Die Justiz in Niedersachsen ist leistungsfähig und leistungsbereit. Allerdings ist sie durch eine beispiellose Arbeitsverdichtung und Zunahme des Arbeitspensums in den Jahren von Schwarz-Gelb an ihre Grenzen gelangt. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass die Rechtsprechung und damit die Bürgerinnen und Bürger unter dieser Überlastung leiden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen der Justiz mit modernen Methoden erfasst, bewertet und verbessert werden. Dabei werden auch Besoldungsfragen, Altersdurchschnitt der Beschäftigten und Verfahrensspezialisierungen berücksichtigt, so im Wirtschaftsstrafrecht, der Korruptionsbekämpfung, der Bekämpfung organisierter Kriminalität und der Internetkriminalität.

7. Weltoffenes Niedersachsen – Zuhause in Niedersachsen

Das Einwanderungsland Niedersachsen ist Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft. Eine Trennung in „wir“ und „ihr“ darf keine Rolle mehr spielen. Deshalb sind eine umfassende Teilhabemöglichkeiten und Partizipation für alle eine Selbstverständlichkeit, auch für zugewanderte Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Integration bedeutet Zugehörigkeit und kann nur im wechselseitigen Prozess gelingen: durch Öffnung der aufnehmenden Gesellschaft und den Integrationswillen der Zuwanderer. Das ist nicht nur eine Voraussetzung für sozialen Frieden, sondern gerade in Zeiten des demografischen Wandels attraktiv für die niedersächsische Wirtschaft. Ihr helfen gezielte Maßnahmen zur Verbesserung bei der Qualifizierung der hier lebenden Migrantinnen und Migranten und die Zuwanderung von qualifizierten Fachleuten, um den bedrohlichen Fachkräftemangel abzubauen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe für alle Landesressorts verankern und den Instrumenten zur Förderung von Teilhabe und Partizipation Gesetzesrang geben.

Sprache und Bildung sind der Schlüssel für Integration. Herkunft darf nicht länger Bildung beeinträchtigen. Ein wichtiger Baustein für die Integrationspolitik ist die Ausrichtung des Bildungssystems auf Chancengleichheit und Gleichberechtigung – von der Kita über die berufliche Bildung bis zu Abitur, Studium und Arbeitsmarkt (*siehe Kapitel III.3*).

In Niedersachsen leben mehr als 200.000 Muslime. Ihnen will die SPD ein Signal für ein kooperatives Zusammenleben geben, damit deutlich wird: Muslime gehören zu Niedersachsen. Nach dem Vorbild des Hamburger Staatsvertrags mit den muslimischen Verbänden soll dieses Signal über Symbolpolitik hinausgehen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- mit den muslimischen Verbänden einen Dialog führen, um grundlegende Regelungen über das Verhältnis des Landes Niedersachsen zu ihnen zu treffen. Dabei geht es um die Anerkennung von muslimischen und alevitischen Feiertagen. Und es geht unter Einbeziehung der christlichen Kirchen darum, den bewährten Religionsunterricht an Schulen für eine auch in religiöser Hinsicht zunehmend vielfältige Gesellschaft weiter zu entwickeln.

Interkulturelle Öffnung ist Teil von Verwaltungsmodernisierung, Kundenorientierung und Bürgernähe. Das erfordert von der Verwaltung ein neues Selbstverständnis.

Eine SPD-Landesregierung wird

- mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund in den Landesdienst einstellen und Kriterien für interkulturelle Öffnung festlegen,
- bei Aus- und Weiterbildung in den Pflege- und Gesundheitsberufen kultursensible Pflege einführen.

Vor allem auf der kommunalen Ebene werden die politischen Mitwirkungsrechte für Migrantinnen und Migranten in Räten und Kreistagen zum Gradmesser für den Erfolg von Integration.

Eine SPD-Landesregierung wird

- sich für eine Änderung im Grundgesetz einsetzen, damit alle Ausländerinnen und Ausländern in Niedersachsen das kommunale Wahlrecht nutzen können. EU-Bürger sollen auch bei Landtagswahlen das Wahlrecht erhalten.
- im Dialog mit den Kommunen an pragmatischen, vor Ort anwendbaren Lösungen arbeiten und z.B. in den kreisfreien Städten und Landkreisen kommunale Integrationsausschüsse als Interessenvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund ermöglichen.

Niedersachsen braucht eine neue Willkommenskultur. Sie soll die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie ihrer Kinder vertiefen und neue Zuwanderer herzlich begrüßen.

Eine SPD-Landesregierung wird sich

- auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass der Optionszwang zur deutschen Staatsangehörigkeit für Kinder von hier lebenden ausländischen Eltern aufgehoben wird. Generell soll die doppelte Staatsbürgerschaft möglich werden. Langjährig Geduldete sollen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten und die sogenannten Kettenduldungen abgeschafft werden.

Die SPD verlangt mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen und ihren Familien. Deshalb muss die Diskriminierung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Niedersachsen ein Ende haben. Eine SPD-Landesregierung wird sich in einer Bundesratsinitiative für eine humanitäre Ausgestaltung des Aufenthaltsrechts einsetzen. Ermessensspielräume sollen vollständig ausgenutzt werden, um Flüchtlingen zu helfen. Schließlich muss auch die Härtefallkommission beim Innenminister endlich in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe zur Sicherung einer humanen Flüchtlings- und Asylbewerberpolitik tatsächlich wahrzunehmen.

Eine SPD-Landesregierung wird darüber hinaus

- die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen als Integrationszentrum einrichten,
- eine Abschiebung in Länder verhindern, in denen die Sicherheit und Integration der Menschen nicht gewährleistet ist,
- eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Residenzpflicht einleiten, u. a. um Asylsuchenden einen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen,

- allen Menschen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel den Zugang zu adäquater medizinischer Versorgung ermöglichen,
- den Aufenthalt von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Geduldeten erleichtern: durch schnelle Arbeitserlaubnis, dezentrale Unterbringung und Barleistungen an Asylbewerber,
- die Härtefallkommission reformieren, sodass künftig Entscheidungen mit einfacher Mehrheit getroffen werden können. Außerdem sollen Flüchtlingsverbände Mitglied der Kommission werden.

8. Sport – fit und fair in der Gesellschaft

Leistungssport, Breitensport, Behindertensport – fast vierzig Prozent der Niedersachsen gehören einem der rund 9.500 Sportvereine an. In Niedersachsen legen verglichen mit den anderen Bundesländern die meisten Erwachsenen und Jugendlichen Sportabzeichen ab – an die 140.000 jährlich. Sport hält die Gesellschaft zusammen. Sport bedeutet Fairplay und Partnerschaft, Chancengleichheit und Mannschaftsgeist, soziales Handeln, Ehrenamt und auch Wettbewerb. Sport fördert die individuelle Entwicklung und trägt zur positiven Persönlichkeitsbildung bei. In den Vereinen erfahren die Menschen soziale Kultur, gesellschaftliches Engagement und nicht zuletzt Integration.

Durch den Sport entwickeln Menschen Fähigkeiten und Kompetenzen, die für den Einzelnen und die Gesellschaft insgesamt von großer Bedeutung sind. Hierbei leisten Sportvereine und -verbände als informelle Bildungsträger einen wichtigen Beitrag. Die Bildungspotenziale des Sports verdienen daher besondere Beachtung.

Leider wird der Stellenwert des Sports in der derzeitigen Landesregierung völlig unterschätzt. Bei der Sportförderung liegt Niedersachsen auf dem vorletzten Platz. Nennenswerte sportpolitische Vorstöße sind nicht zu erkennen. Das Thema Sport wird mehr abgearbeitet als aktiv gefördert.

Eine SPD-Landesregierung wird in Abstimmung mit den Kommunen die Sportorganisation in die regionalen Bildungslandschaften mit einbeziehen und Kooperationen zwischen Sportvereinen und Schulen unterstützen.

Die SPD bekennt sich zur politischen Verantwortung gegenüber dem Sport. Sie wird sich für bessere Rahmenbedingungen des Sports engagieren, damit Menschen jeder sozialen Herkunft und jeden Alters Sport treiben und sich im Sport engagieren können.

Eine SPD-Landesregierung wird

- die Sportförderung anheben und gesetzlich absichern,
- die Steuerfreibeträge für Übungsleiter und Sportfunktionäre sichern, um das Ehrenamt im Sport zu stärken,
- Sportvereine im Rahmen der offenen Schule in die Gestaltung des Ganztagschulprogramms integrieren,
- den Leistungssport fördern und insbesondere für den Erhalt und Ausbau geeigneter Sportstätten sorgen,

- einen landesweiten „Tag des Sports“ einführen, der gemeinsam mit Sportverbänden und Kommunen durchgeführt wird,
- für eine Vereinfachung der Richtlinien zum Bildungs- und Teilhabepaket sorgen,
- Programme zur Förderung von „Sport im Alter“ entwickeln.

9. Ehrenamt – Netzwerk der Lebenswelten

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit – dazu gehören z. B. Freiwilligenagenturen und Bürgerstiftungen, Migrantenselbstorganisationen, Selbsthilfegruppen, Kirchen, Altenhilfe, Elternarbeit in Kita und Schule, Umwelt- und Naturschutz, Kultur und Kommunalpolitik ebenso wie der Sport, Feuerwehren, Rettungsdienste und das THW – sind wichtige gesellschaftliche Kräfte mit großer Eigenständigkeit. Sie bilden eine wesentliche Grundlage für die Demokratie. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement haben eine lange Tradition. Doch die Strukturen von Freiwilligenarbeit und das Selbstverständnis der Freiwilligen haben sich weiterentwickelt und das Image des bürgerschaftlichen Engagements hat sich stark verändert. Es gehört immer mehr zum Selbstverständnis der Gesellschaft. Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen nehmen aktiv teil an der Gestaltung des Zusammenlebens. So wird Engagement auch zur Triebkraft der gesellschaftlicher Entwicklung und der Modernisierung.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich auf allen politischen Ebenen, insbesondere auch über den Bundesrat, dafür einsetzen, dass Leistungen im Bereich der Rettungsdienste nicht dem wettbewerbsrechtlichen Ausschreibungsregime unterworfen werden. Eine rein wirtschaftliche Betrachtungsweise, die zum Beispiel ehrenamtliches Engagement außer Acht lässt, wird den Herausforderungen in diesem Bereich nicht gerecht.

Mit dem demographischen Wandel kommt der Gruppe der Älteren dabei eine besondere Rolle zu. Sie sind im Vergleich zu früheren Generationen nicht nur jünger, besser ausgebildet und leistungsstärker, sondern sie sind auch immer öfter bereit, ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Die Gesellschaft tut gut daran, diesen Menschen Tätigkeitsfelder zum Wohle der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Für den einzelnen erwächst hieraus das Wichtigste, was Menschen zum Leben brauchen: Sinngebung, Spaß und Freude.

Der Anteil der Älteren wächst in Folge des demografischen Wandels kontinuierlich – auch mit zunehmendem Anteil „junger Alter“. In den vergangenen Jahren ist dagegen der Anteil ehrenamtlicher junger Menschen zurückgegangen. Ursachen hierfür sind vor allem im verkürzten Abitur und in den zeitintensiven Bachelorstudiengängen zu suchen. Jungen Leuten sollte es aber auch zukünftig möglich sein, sich sozial zu engagieren. Hierfür wird die SPD Modelle entwickeln.

Der richtige Mix aus öffentlicher Verantwortung und privatem Engagement stärkt die Gesellschaft, verknüpft die Lebenswelten von Generationen und bedeutet häufig ganz praktisch Hilfestellung im Alltag. Für unsere Gesellschaft ist das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wertvolles soziales Kapital.

Eine SPD-Landesregierung wird das bürgerschaftliche Engagement mit einem Konzept für Freiwilligenarbeit stärken. Einzelne Bausteine dieses Konzepts sind:

- Stärkung von Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, Tauschbörsen und Selbsthilfegruppen als moderne Formen des Engagements,
- Ausbau von Qualifizierung und Fortbildung im Ehrenamt,

- Anerkennung der Leistungen bei Studien/Schule/Berufsabschlüssen sowie bei Bewerbungen,
- Förderung der Anerkennung von bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe,
- Förderung des Generationen übergreifenden Engagements,
- Förderung des Engagements von und für Migrantinnen und Migranten,
- Mobilitätshilfen für Ehrenamtliche im ländlichen Raum, beispielsweise durch bürgerschaftliche Fahrdienste,
- eine Vorreiterrolle des Landes bei alltagspraktikablen Freistellungsregelungen und flexibler Arbeitszeitgestaltung von Beschäftigten, die sich in der Freiwilligenarbeit engagieren,
- steuerbegünstigte Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche analog zu den Übungsleiterpauschalen,
- Versicherungsschutz,
- Ausbau des Unternehmensengagements und von Corporate Social Responsibility (CSR),
- Unterstützung der freiwilligen sozialen und ökologischen Jahre sowie der Freiwilligendienste.

Das Engagement der Sportverbände und die Arbeit der Freien Wohlfahrtsverbände wollen wir mit einer gesetzlichen Absicherung der Zuschüsse aus der Konzessionsabgabe Glücksspiel unterstützen.

VII. NEUE ENERGIEPOLITIK SETZT AUF DIE ERNEUERBAREN

Ein „weiter so“ gibt es nicht: Die Energiepolitik braucht einen neuen, in die Zukunft weisenden Anfang – nicht nur, aber vor allem in Niedersachsen. Global stehen Klimawandel, Endlichkeit fossiler Energieträger und Rohstoffknappheit dem zunehmenden Energiebedarf einer wachsenden Weltbevölkerung gegenüber. Gerade in Niedersachsen aber belegen die – bislang weltweit – ungelöste Endlagerfrage und das Scheitern der Asse den unverantwortlichen Umgang mit der Atomenergie.

Die Energiewende wurde unter der rot-grünen Bundesregierung Schröder eingeleitet. Es wurden im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und – 2001 das erste Mal – der Atomausstieg beschlossen. Nach der Rolle rückwärts der schwarz-gelben Bundesregierung Merkel mit der Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke 2009 bedeutete Fukushima schließlich 2011 das Aus für die Atomkraft: Nun auch mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP beschloss der Deutsche Bundestag erneut den Ausstieg.

Doch bis heute setzt sich die zögerliche, unkoordinierte und widersprüchliche Energiepolitik der Berliner Koalition durch die schwarz-gelbe Landesregierung in Hannover fort. Trotz guter Ausgangsbedingungen hat sie es bewirkt, dass Niedersachsen bei der Umsetzung der Energiewende unter den Bundesländern abgeschlagen auf dem zwölften Platz liegt. Bis heute fehlt auch im schwarz-gelben Landeskabinett ein Konsens über den Energiemix der Zukunft – und damit die Voraussetzung, über die künftige Netzinfrastruktur in Niedersachsen zu entscheiden. Forschung und Entwicklung liegen in der Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums, Ausbau der Windenergie-Anlagen beim Wirtschaftsministerium, Planung für die Netzstruktur beim Landwirtschaftsministerium, Gebäudesanierung beim Sozialministerium, und natürlich ist auch das Umweltministerium beteiligt. Eine Energiepolitik aus einem Guss sieht anders aus.

Die SPD wird im Rahmen einer neuen Energiepolitik Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit beim Atomausstieg und dem Umstieg auf Erneuerbare Energieträger zusammenführen. Sie sieht bei diesem Jahrhundertprojekt die Chance, Niedersachsen zum Spitzenreiter der Energiewende zu machen: Die SPD wird in einem Masterplan verbindliche Zielsetzungen und gebündelte Zuständigkeiten vereinen, im Dialog mit den Betroffenen für fairen Interessenausgleich und eine sozial gerechte Versorgungssicherheit sorgen.

1. Gute Energiepolitik – gute Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für die SPD betrifft eine zukunftsgerechte Energie- und Umweltpolitik nicht nur ökologische Aspekte. Eingeschlossen sind auch Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Denn mit der weltweiten Nachfrage nach energetisch nachhaltigen Wirtschaftsgütern wachsen die Chancen, Energie sozial verträglich bereitzustellen. Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Atomausstieg und Umstieg auf Erneuerbare Energien stehen für die SPD damit unter dem Motto: „sauber, sicher, bezahlbar“.

Die SPD wird das wirtschaftliche Ziel eines qualitativen und damit nachhaltigen Wachstums zum politischen Maßstab machen. Es gibt keine Zukunft für ein energieintensives Wirtschaftssystem, das vorwiegend auf quantitatives Wachstum sowie ungebremsten Energie-, Ressourcen- und Flächenverbrauch ausgerichtet ist. Wachstum und Ressourcenverbrauch müssen entkoppelt werden. Einsparung und Effizienzsteigerung sind geboten, neue Energiequellen müssen nachhaltig und ohne schädliche Folgen nutzbar gemacht werden. Zur Grundlage der SPD-Energiepolitik wird somit ein dreifaches „E“: Effizienz, Einsparung und Erneuerbare.

Bei der Energiewende, die viele Bereiche des gewohnten Lebens verändern wird, darf es keine Verlierer geben. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Aufbau moderner Produktionsstätten und belastbarer Infrastrukturen werden der niedersächsischen Wirtschaft zahlreiche Impulse bringen. Aber genauso wichtig wird es sein, soziale Härten für Menschen mit geringeren Einkommen abzufedern. Das Handeln der SPD wird damit geleitet von dem Dreiklang sozialer Balance, ökonomischer Vernunft und ökologischer Weitsicht.

2. Energiewende – Gesamtstrategie für ein Jahrhundertprojekt

Niedersachsen könnte bei der Energiewende bundesweiter Spitzenreiter sein. Seine geografische Lage und seine Forschungs- und Technologiezentren können über die Landesgrenzen hinaus zu tragenden Pfeilern einer zukunftsweisenden energiepolitischen Entwicklung werden. Viele Menschen in Niedersachsen haben sich in Genossenschaften oder Vereinen zusammengeschlossen und in die Erneuerbaren investiert. Kommunale Stadtwerke nutzen ihre Chancen und planen für eine dezentrale Zukunft der Energieversorgung. Neue Arbeitsplätze sind entstanden. Auf diesen Fundamenten wird die SPD die Energiewende erfolgreich gestalten.

Die Energiewende in ihrer ganzen Komplexität ist ein Jahrhundertprojekt: Die Sanierung von Gebäuden und die Konzeption zukunftsgerechter Wohngebiete gehören ebenso dazu wie die Entscheidung über Energieträger und Speichertechnologien oder der Aufbau einer belastbaren Netzinfrastruktur. Viel stärker als bisher müssen dafür Planungen koordiniert und Entscheidungen gebündelt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird

- eine gemeinsam mit Kommunen, Energiewirtschaft und Fachverbänden erarbeitete Gesamtstrategie für die Energiewende in Niedersachsen vorlegen, die verbindliche Ziele und konkreten Maßnahmen bis 2020 sowie eine Zielplanung bis ins Jahr 2050 enthält. Breit angelegte Energiegipfel und ein jährlicher Bericht zum Stand der Umsetzung der Energiewende sind zentrale Bestandteile dieser Strategie.

Die Gesamtstrategie zur Energiewende erfordert einen Quantensprung im Bereich wirtschaftlicher Beteiligungsprozesse. Wie das Beispiel Stuttgart 21 veranschaulicht, reichen die gegenwärtigen Strukturen von Information, Diskussion und Transparenz nicht aus, um Konfliktfelder frühzeitig auszuräumen. Auch noch so nachhaltige Projekte der Energiewende wie neue Windräder und Solaranlagen, Leitungsnetze oder Speichieranlagen werden zwangsläufig zu Interessengegensätzen und Konflikten führen.

Die SPD wird für diese Investitionsprojekte eine neue Beteiligungskultur schaffen. Sie setzt sich mit der SPD-Bundestagsfraktion für ein neues Infrastrukturplanungsrecht ein, das den Dialog mit den Betroffenen vor Ort in den Mittelpunkt stellt und Lösungen im fairen Interessenausgleich sucht.

Eine SPD-Landesregierung wird

- ein „Bündnis für Energie“ mit Sozialpartnern (Gewerkschaften, Arbeitgeber), Energie-, Landwirtschafts- und Umweltverbänden, Kommunen und Energieversorgern schaffen, um einen möglichst breiten Konsens für die erforderlichen Projekte der Energiewende zu erzielen,
- eine Landesenergieagentur als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen einrichten, die für Information und Beratung sorgt und Netzwerke mit Verbänden, Vereinen etc. organisiert.

Nicht zuletzt wird das Thema Versorgungssicherheit eine gewichtige Rolle bei der strategischen Planung einnehmen: Sie ist ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Energie muss deshalb allgemein zugänglich und bezahlbar sein. In Deutschland werden schon heute zahlreiche Haushalte vom Strom abgekappt, weil sie ihre Energierechnung nicht bezahlen konnten. Die SPD wird nicht akzeptieren, dass die Energiewende neue soziale Notlagen verursacht. Gleichzeitig appelliert sie an alle Bevölkerungsgruppen, Energie-Einsparpotenziale jeder Art zu nutzen und verantwortungsvoll mit Energie umzugehen.

Eine SPD-Landesregierung unterstützt deshalb:

- Kooperationen von Stadtwerken, Sozialbehörden und Wohnungsgesellschaften zur Verhinderung der Energiearmut und zur Energieschuldenprävention,
- Modellprojekte von Stadtwerken und anderen Versorgungsunternehmen, die im Bereich ihrer Tarifgestaltung soziale Komponenten mit Einsparanreizen verbinden.

3. Effizienz – Grundstein künftiger Energiepolitik

Allerdings ist bei alledem die beste Energie die, die nicht gebraucht wird. Einsparungen sind durch bewussten Einsatz von Energie zu erzielen, so durch Wärmedämmung oder energieeffiziente Geräte, Maschinen und Motoren. Kosten für den privaten und gewerblichen Nutzer können so deutlich gesenkt werden. Häufig amortisieren sich mögliche höhere Anschaffungskosten für effizientere Geräte bereits nach kurzer Zeit.

Energieeffizienz lässt sich mit Brennwertechnik oder Kraft-Wärme-Kopplung wie auch beim Verbrauch durch Wärme-/Kälte-Dämmung oder Energierückgewinnung steigern. Ziel ist es, die Energieverbrauchswerte von Neubauten und, bei grundlegender Sanierung, von Altbauten um bis zu neunzig Prozent zu senken. Bei der energetischen Gebäudesanierung muss die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Gebäudesanierungsprogramm der SPD beweist bereits auf kommunaler Ebene eine Win-Win-Situation: Es gibt der regionalen Wirtschaft wichtige Innovations-Impulse und reduziert den Energieverbrauch so deutlich, dass unübersehbare Einspareffekte Bewohnerinnen und Bewohnern, Nutzerinnen und Nutzern zugutekommen.

Eine SPD-Landesregierung wird zur Steigerung von Energie-Einsparung und -Effizienz:

- einen Stufenplan zur Sanierung landeseigener Gebäude durchsetzen – vorwiegend dort, wo ausgebildet wird oder Sanierungsstaus belastende Arbeitsbedingungen verursachen,
- Energiemanagementsysteme für öffentliche Einrichtungen einführen und Dienstleistungen für effizientere Energienutzung fördern,
- eine Energy-IT-Initiative starten, um den Stand der IT-Technik – intelligente Stromsparkonzepte, optimierte Kühlungssysteme – und neue IT-Technologien wie Deduplizierung (Reduzierung von Datenströmen) breitenwirksam einzusetzen,
- einen „Niedersächsischen Energieeffizienzpreis“ für kleine und mittlere Unternehmen ausloben, um das Handwerk zur Installation und Wartung neuer Technologien in Privathaushalten zu motivieren.

Niedersachsens Wirtschaft und die Beschäftigten profitieren an verschiedenen Standorten von energieintensiven Industrien wie der Stahlerzeugung und der chemischen Industrie.

Diese Industrien sind auch für die Entwicklung der Energiewirtschaft im Erneuerbaren Bereich wichtig. Deshalb müssen ihre Wettbewerbs- und Entwicklungsbedingungen auch nach der Energiewende im innereuropäischen Wettbewerb Bestand haben. Entscheidend für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Hochtechnologiebranche werden letztlich effizienter Ressourcenverzehr, sparsamer Umgang mit Energie und intelligente Innovationen sein.

Im Rahmen einer gerechten Verteilung der Lasten der Energiewende werden alle Energieverbraucherinnen und -verbraucher zu größeren Anstrengungen bereit sein müssen. Stärker als bisher müssen daher auch sämtliche energieintensiven Unternehmen zu ambitionierten Effizienz- und Einsparzielen sowie Energiemanagementsystemen angehalten werden, die neben einer Senkung des Energiebedarfs auch den Einsatz innovativer Produktions- und Verfahrenstechnologien anreizen. Wirtschaft und Politik sind hier gleichermaßen gefordert.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- eine Steuerungsgruppe einrichten, die die Intensivierung von Effizienzsteigerung, die Minderung des Energieverbrauchs sowie die Erforschung alternativer Materialien und Prozesse koordiniert.

Im Bereich der Mobilitätswirtschaft sind Effizienzpotenziale zu heben. Gerade für Niedersachsen als Produktions- und Entwicklungsstandort für die Mobilitätswirtschaft der Zukunft ergeben sich Perspektiven. Die Chancen durch steigende Energieeffizienz und sinkenden Energieverbrauch liegen auf der Hand. Gute, preiswerte Mobilität gehört zur ökonomischen Basis des Landes, sie sichert Teilhabe und Lebensqualität.

Die Bundesförderung der Mobilitätsregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg als Nationales Schaufenster für Elektro-Mobilität zeigt, dass Niedersachsen Kernkompetenzen bei der Entwicklung neuer Fortbewegungskonzepte und ihrer Infrastruktur besitzt. Beispielsweise sind schon heute effiziente Erdgasfahrzeuge im Einsatz: Pkw, Lkw und Schiffe. Es kommt aber nicht nur auf neue technische Errungenschaften an – die Mobilität der Zukunft muss vor allem integriert gedacht werden. Gefragt sind intelligente Mobilitätskonzepte, die unterschiedliche Verkehrstechnologien und Verkehrsträger wie Flugzeug, Auto, Bus, Bahn und Fahrrad zusammenführen. Gerade die Verbindung der Mobilitätsangebote mit Informations- und Kommunikationstechnologien als Teil integrierter und individueller Mobilität zeugt von Zukunftsfähigkeit.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird eine SPD-Landesregierung:

- Technologiekompetenzen niedersächsischer Unternehmen und Forschungskapazitäten des Landes vernetzen und Produkte sowie Lösungen fördern,
- Mobilitätsaudits und -pläne in den Städten und im ländlichen Raum unterstützen,
- Zukunftskonzepte für Ballungszentren und für die Fläche wie Car-Sharing, E-Mobility oder Sammeltaxis weiter entwickeln.

4. Atomare Erblast bewältigen – Risiken minimieren

Atomstrom war nie günstig. Haftung, Unfallvorsorge, Forschung und Entsorgung des radioaktiven Abfalls werden staatlich subventioniert und haben den AKW-Betreibern Gewinne gebracht. Deshalb darf es bis zum völligen Ausstieg keine Abstriche bei den Sicherheitsanforderungen in den Atomkraftwerken geben. In Niedersachsen werden die Atomkraftwerke in Grohnde 2017 und Lingen bis 2022 abgeschaltet, das AKW Unterweser geht nicht mehr ans Netz.

Eine SPD-Landesregierung wird sich im Bundesrat dafür einsetzen,

- dass es eine ergebnisoffene und bundesweite Suche nach geeigneten atomaren Endlagerstandorten gibt. Dabei müssen die geologischen Gründe berücksichtigt werden, die bereits heute eindeutig für eine Schließung des Standorts Gorleben sprechen. Die SPD fordert daher einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp in Gorleben.
- dass die Asse unter der Nutzung des Bundesamtes für Strahlenschutz schnellstmöglich gesichert und von Atomabfällen befreit wird: In der aktuell hochkritischen Lage ist die Verzögerungstaktik der zuständigen Ministerien inakzeptabel. Änderungen des Atomrechts zur Sicherstellung einer zeitnahen Rückholung der Abfälle sind unverzichtbar.
- dass unter Berücksichtigung der Erfahrungen mit der Asse eine Neubewertung der Einlagerungssituation von Schacht Konrad im Rahmen des Endlagersuchverfahrens stattfindet, mindestens mit dem Ziel der sicheren Rückholbarkeit der eingelagerten Stoffe.

Der Atomausstieg ist nicht ohne Übergangsenergie machbar. Wer aber Klimaschutz ernst nimmt, muss dabei die Nutzung fossiler Brennstoffe wie Erdöl und Kohle radikal reduzieren. Die SPD steht zum Kohle-Ausstieg und wird als Energieträger für den Übergang auf Gas setzen: in hocheffizienten Anlagen, die durch Kraft-Wärme-Kopplung optimale Nutzungsgrade erzielen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- Möglichkeiten prüfen, mit Flüssiggas-Anlandung (LNG) die Gasversorgung auf eine breitere Basis zu stellen und die Energiepreise marktgerecht niedrig zu halten,
- das Fracking in Trinkwasserschutzgebieten sowie unter Nutzung umweltgefährdender Chemikalien grundsätzlich ausschließen. Unverantwortliches unkontrolliertes Verpressen von Frack-Flüssigkeiten und Lagerstättenwasser in tiefe Erdschichten nehmen wir nicht hin. Wenn Fracking in Niedersachsen zugelassen werden soll, müssen Risiken für Mensch und Natur ausgeschlossen werden können sowie zunächst ein klarer gesetzlicher Rahmen mit obligatorischen Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassenden Bürgerbeteiligungsprozessen verabschiedet werden,
- CCS, die CO₂-Abscheidung und Speicherung, in Niedersachsen nicht zulassen,
- die Option prüfen, ob CCR für das in industriellen Prozessen anfallende CO₂ klimaverträglich ist.

5. Erneuerbare Energien – mit richtiger Energie in die Zukunft

Die Entwicklung innovativer Technologien stärkt bei richtiger politischer Weichenstellung den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Die Erzeugung regenerativer Energien enthält ein großes Wertschöpfungspotenzial und zugleich die Chance auf neue Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten in Deutschland rund 380.000 Menschen im Bereich der Erneuerbaren. Gegenüber 2004 sind in dieser Branche mehr als achtzig Prozent zusätzlicher Arbeitsplätze entstanden, ein großer Teil davon in Niedersachsen. Durch intelligente Förderung ist für Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt weiteres Wachstum vorhersehbar. Das wiederum bedingt den Ausbau des Forschungs- und Entwicklungsstandorts Niedersachsen.

Eine SPD-Landesregierung wird

- in Niedersachsen dem Bereich Energieforschung- und Speichertechnologie höchste Priorität bei der Ausrichtung der Forschungsschwerpunkte einräumen und das Energieforschungszentrum hierfür stärken,
- die niedersächsischen Hochschulen bei der Einrichtung neuer Studienplätze in zeitgemäßen Studiengängen für die Bereiche der Energiewende unterstützen,
- Wirtschaft und Hochschulen unterstützen, gemeinsam weitere Bausteine für den Ausbau Erneuerbarer Energien zu entwickeln,
- gemeinsam mit mittelständischen Unternehmen und den Berufsbildenden Schulen Schwerpunkte setzen, um mit Erneuerbaren Energien, der Steuerung von Energietransfers und der Energieeinsparung zum Energieumbau beizutragen.

Beim Umstieg auf die Erneuerbaren verfügt Niedersachsen über verschiedene Optionen:

▶ **Windkraft Offshore**

Ein wichtiger Wachstumsmarkt liegt in der Offshore-Windenergie, die eine herausragende Wertschöpfung für ganz Niedersachsen bedeutet. Offshore-Windenergie soll einer der Eckpfeiler für eine künftige Erneuerbare Grundlastversorgung werden. Die SPD wird für stabile Rahmenbedingungen sorgen, die Planungssicherheit bieten.

▶ **Windkraft Onshore**

Der Ausbau von Kapazitäten darf nur mit möglichst geringen Belastungen der Bevölkerung und unter Berücksichtigung der Naturschutzbelange erfolgen. Die SPD favorisiert deshalb vor allem das „Repowering“, die Aufrüstung bestehender Windkraftanlagen zu höherer Energiegewinnung. Gleichzeitig soll mit einer überarbeiteten Raumplanung ein höherer Anteil von Windkraft bis 2020 ermöglicht werden.

▶ **Geothermie**

Zum Ausbau der Geothermie verfügt Niedersachsen über große oberflächennahe Potenziale und aussichtsreiche Forschungsergebnisse in der Tiefengeothermie. Der Forschungs- und Technologiestandort Celle, die TU Clausthal in Clausthal-Zellerfeld, das Energie-Forschungszentrum Niedersachsen (EFZN) in Goslar und die hannoversche Bundesanstalt für Geowissenschaften stehen für die weitere Entwicklung dieser Energie.

▶ **Biomasse**

Energie aus Biomasse wie Biogas und Holz sind ein wichtiger Baustein für die dezentrale Stromerzeugung. Ziel der SPD ist es, dass Fehlanreize und Fehlsteuerungen im Bereich Biomasse, die in Niedersachsen bereits erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt haben (Maismonokulturen, Nitratbelastungen, Verlust von Biodiversität und Lebensräumen) durch Korrekturen im Erneuerbaren-Energien-Gesetz schnellstmöglich beseitigt werden. Möglichkeiten zur Korrektur dieser bereits eingetretenen Fehlentwicklungen im Rahmen der landesrechtlichen Kompetenzen werden wir prüfen. Gefördert werden sollen künftig nur hocheffiziente Anlagen, die nach den Kriterien der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft arbeiten.

▶ Solarenergie

Solarenergie muss einen größeren Anteil an der Strom- und Wärmegewinnung übernehmen. Die Branche verzeichnet enorme Entwicklungssprünge. Dabei will die SPD die heimische Solarindustrie unterstützen und Netzparität herstellen. Eine Kooperationen mit anderen EU-Regionen soll geprüft werden: So könnten mit niedersächsischer Beteiligung in sonnenreichen Ländern Solarparks entstehen, die Wissensaustausch und effiziente Nutzung der Fotovoltaik ermöglichen.

▶ Wasserkraft

Energiegewinnung aus Wasserkraft muss Effizienz und Ökologie berücksichtigen. Potenziale von Wasserwirbelkraftwerken, aber auch Anlagen wie das „bewegliche Wasserkraftwerk“ aus Baden-Württemberg sind zu prüfen. Schließlich bietet die Nordseeküste aussichtsreiche Voraussetzungen für den Einsatz von Gezeitenkraftwerken.

Außerdem wird die SPD die Erforschung alternativer Verfahren wie die Wasser- und Brennstoffzellentechnologie oder die Energiegewinnung aus Methan vorantreiben. Es geht bei einer nachhaltigen Energieversorgung mit Erneuerbaren um einen Mix von zentralen, dezentralen und verbrauchernahen Erzeugungsstrukturen.

Eine SPD-Landesregierung unterstützt

- Genossenschaftsmodelle, die umfassende Beteiligungsmöglichkeiten an der Energiegewinnung bieten,
- die Gründung eigenständiger Stadt- und Gemeindewerke, wenn sie wirtschaftlich sind und die Versorgung verbessern. Solche Projekte garantieren eine ortsnahe Versorgung, bieten große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt.

6. Netzinfrasturktur – sensible Daseinsvorsorge

Der Ausbau Erneuerbarer Energien erfordert den Ausbau der Netzinfrasturktur zur Verteilung und Übertragung. Das Konzept dafür hängt vor allem vom Energiemix der Zukunft ab.

Niedersachsen wird wegen der steigenden Zahl von On- und Off-Shore-Windkraftanlagen voraussichtlich eines der am stärksten vom Netzausbau betroffenen Bundesländer sein. Dieser Ausbau kann nur transparent und mit den betroffenen Menschen gemeinsam erfolgen. Es muss die Regel werden, dass Hochspannungsleitungen – wie bereits im Niederspannungsbereich – landschafts- und umweltschonend sowie menschenverträglich als Erdkabel verlegt werden. Dabei liegt die Priorität auf energiesparenden und gesundheitlich unbedenklicheren Techniken wie der Höchstspannungs-Gleichstromübertragung (HGÜ).

Der Netzausbau dient zu einem großen Teil der Versorgung anderer Bundesländer. Die SPD geht davon aus, dass auch dort die Erneuerbaren Energien als Beitrag zu einer dezentralen Energieproduktion ausgebaut werden. Sie erwartet, dass sich insbesondere Bundesländer mit Verbrauchsschwerpunkten an den Folgekosten für einen umweltverträglichen Stromtransport beteiligen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- einen Runden Tisch mit Vertretern der Energiewirtschaft (insbesondere Netzbetreibern), den Regionen und Vertretern der Bevölkerung einrichten. Bedarf und Alternativen müssen transparent werden. Bevor Stromleitungen ausgebaut werden, ist durch Lastflussanalysen die Notwendigkeit von Aus- und Neubau nachzuweisen. Der Umbau von bestehenden Stromleitungen hat Vorrang vor dem Neubau von Stromnetzen,
- intelligente Stromnetze (smart grids) fördern,
- ökologisch sinnvolle Erdverkabelung (z. B. HGÜ) Priorität einräumen und ein größeres Gleichstromnetz für den verlustarmen Stromtransport über größere Entfernungen befürworten.

Die Netzinfrastruktur besitzt eine herausragende Bedeutung für die energetische Daseinsvorsorge.

- Deshalb fordert die SPD für den Ausbau der Übertragungsnetze die Bildung einer Bundesnetzgesellschaft. Sie soll Anreize für private Investoren bieten, jedoch durch staatliche Beteiligung die Steuerhoheit der öffentlichen Hand gewährleisten. Zur Umsetzung der Anreizregulierung wird die SPD die Beleihung der Bundesnetzagentur beenden und eine eigene, kostendeckend arbeitende Landesregulierungsbehörde einsetzen.

Die Speichertechnologie ist von entscheidender Bedeutung für die Energiewende. Sie sichert die Übernahme von Grundlasten der Energieversorgung beim Einsatz der Erneuerbaren: Sie stellt durch Pumpspeicher, stationäre und mobile Akkus oder Druckluftspeicher Kapazitäten für den kurzzeitigen Ausgleich bei Energieschwankungen her. Langfristig ist beispielsweise ein Ausgleich durch Wasserstoff oder Erneuerbares Methangas (sogenanntes SolarFuel) im Erdgasnetz herzustellen. Sie ergänzt damit als elementarer Baustein die Energie-Effizienz bei der Stromproduktion und -einsparung und den Ausbau verlustarmer Stromtransportkapazitäten.

Eine SPD-Landesregierung wird daher:

- Anreize für die Ansiedlung von Unternehmen bieten, die sich in Forschung, Entwicklung und Anwendung für die Speichertechnologie engagieren und den Austausch von Wissenschaft und Anwendung fördern,
- Modellprojekte wie Pumpspeicherwerke im Harz unterstützen,
- die Erforschung von Möglichkeiten der Wasserstoffherzeugung und-nutzung und die Speicherung in Kavernen und im Gasnetz vorantreiben,
- ein „Untergrundkataster“ aufbauen, um Nutzungskonkurrenzen zu vermeiden.

VIII. NEUE UMWELTPOLITIK SICHERT LEBENSGRUNDLAGEN

Niedersachsens Natur und Umwelt sind einzigartig. Nirgendwo sonst in Europa treffen Landschaften so unterschiedlicher erdgeschichtlicher und klimatischer Zeiträume so nah aufeinander wie hier. Die Küste mit Inseln, Watten, Marschen und Flussmündungen, Geestlandschaften, Weser-Aller-Flachland, Lüneburger Heide und Wendland, Weser- und Leinebergland und schließlich der Harz machen Niedersachsen zum naturräumlich und landschaftlich vielfältigsten Bundesland.

Die natürlichen Ressourcen bilden die Grundlage für gesundes Leben, wirtschaftliche Entwicklung und moderne Infrastruktur. Die gemäßigte Klimazone gewährleistet stabile Wetterbedingungen, so dass Niedersachsen bisher von Großkatastrophen wie Trockenzeiten, Überflutungen oder Hurrikans verschont geblieben ist. Hochwasser- und Orkanschäden sind bisher nur regional in Erscheinung getreten, ohne Lebensqualität und Wirtschaftskraft zu bedrohen. Die Betonung liegt auf „bisher“.

1. Aktive Klimapolitik – Schutz für Umwelt und Natur

Wo der Mensch lebt, beeinträchtigt er Natur und Umwelt. Das moderne Wirtschaftsleben beschert Industrieländern wie Niedersachsen Wohlstand, verursacht aber auch schädliche Emissionen. So beeinträchtigen sogenannte Treibhausgase das Klima, nicht nur in Niedersachsen. achtzig Prozent dieser Treibhausgase, vornehmlich Kohlendioxid, entstehen bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Der Klimawandel vollzieht sich global und dynamisch.

Die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnete auf der UN-Konferenz für Umwelt in Rio de Janeiro 1992 die Klimarahmenkonvention. Seitdem ist der Klimaschutz in der deutschen Politik verankert. Im Jahr 2000 verabschiedete die Regierung Schröder das Nationale Klimaschutzprogramm und setzte das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft. Mit der Zielsetzung, die fossilen Brennstoffe durch Erneuerbare Energien zu ersetzen, ist es das derzeit wirksamste Instrument für den Klimaschutz. Als Instrument einer modernen Industriepolitik dient es weltweit als Vorbild.

Die EU hat sich im Dezember 2008 auf eine integrierte Strategie im Bereich Energie und Klimaschutz mit Zielen für 2020 geeinigt. Damit hat sich Europa auf den Weg zu einer umweltgerechten Zukunft mit einer CO₂-armen, energieeffizienten Wirtschaft gemacht.

Unabhängig davon werden sich mit dem Klimawandel auch in Niedersachsen die bisher stabilen Lebensbedingungen verändern. Langzeitdaten zu Klima und Wetter sowie wissenschaftliche Forschung führen zu folgenden Prognosen und Szenarien:

- Die globale Erwärmung lässt den Meeresspiegel ansteigen: Tief liegende Küstengebiete werden dabei zunehmend überschwemmt, Landverluste, Versalzung von Böden, Gewässern und Grundwässern sind die Folgen. Betroffen sind Inseln, Flussmündungen und die Marschen mit Auswirkungen bis in die Geestbereiche.
- Die Erwärmung des globalen Wasserhaushalts führt zu veränderten Niederschlagsmustern. Die Folgen sind örtlich Trockenheit durch Wasserverknappung oder Hochwasser und Überflutung nach extremen Niederschlägen.
- Schnellere Erwärmung der Luftschichten führt zu höherer Dynamik des Temperatenausgleichs zwischen Wasser und Festland. Die Folge sind mehr starke

Stürme. Beispiel dafür ist der Orkan Kyrill, der im Jahr 2007 auch Teile Niedersachsens verwüstet hat. Er forderte europaweit siebenundvierzig Todesopfer und verursachte einen volkswirtschaftlichen Schaden von rund 47 Milliarden US-Dollar.

Der Klimawandel ist in Niedersachsen spürbar und nachzuweisen. Mildere Winter, weniger Niederschläge im Frühjahr und Herbst sowie trockenere Sommer führen zu einer Veränderung von Flora und Fauna. Das beeinträchtigt auch die Wachstumsbedingungen der Nutzpflanzen. Der Blühzeitpunkt verschiebt sich, der Reifeprozess wird durch Trockenheit erschwert und extreme Wetterereignisse können den Ausfall ganzer Ernten verursachen. Hinzu kommt eine Veränderung des Wasserregimes. Betroffen sind nahezu alle Bereiche des alltäglichen und des wirtschaftlichen Lebens.

2. Schwarz-gelb – Öko-Schlusslicht im Ländervergleich

Die schwarz-gelbe Politik hat 2004 den vorläufigen Schlussstrich unter eine bundesweit vorbildliche Umweltpolitik gezogen. Niedersachsen zeichnete sich bis dahin durch eine vorausschauende und integrative Umweltpolitik und Umweltverwaltung aus. 2003 waren vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) systematische Umweltindikationen herausgearbeitet worden, die Veränderungen des Klimas erkennbar gemacht haben. Seit der Zerschlagung dieses Amtes durch Schwarz-Gelb stagniert jede fortschrittliche, konzeptionelle und strategische Ausrichtung des Klima-, Umwelt- und Naturschutzes in Niedersachsen.

Die CDU/FDP-Landesregierung ist für fast ein Jahrzehnt verhängnisvollen ökopolitischen Stillstands verantwortlich. Sie hat die Chance verpasst, vorsorglich und strategisch auf Veränderungen zu reagieren. Niedersachsen hat als einziges Bundesland noch immer kein Klimaschutzprogramm mit Zielsetzungen und konkreten Maßnahmen. Die Klimaschutzkonzepte der Kommunen wiegen diesen Stillstand keineswegs auf.

Heute ist die Umweltpolitik Niedersachsens durch den Verlust der zentralen staatlichen Umweltkompetenz im Ländervergleich Schlusslicht. Dies geht zulasten der Ressourcenqualität, der Gesundheit der Menschen und es gefährdet die Standortsicherheit für Wirtschaft und Industrie. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge etwa im Abfall- oder Wasserversorgungsbereich und die Bevorzugung landwirtschaftlicher Nutzerinteressen vor naturschutzfachlichen Schutzanforderungen dokumentieren überdies eine gezielte Klientelpolitik, die das Allgemeinwohl sträflich vernachlässigt und die Menschen belastet.

3. Umweltschutz – Interessenausgleich mit der Wirtschaft

Nach dem Grundgesetz schützt der Staat „*auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen*“. Die SPD steht für dieses Staatsziel mit einer Politik der Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem ein.

Für den energieintensiven Wirtschafts- und Industriestandort Niedersachsen stellt das Umsteuern auf eine ökologische Industriepolitik bereits eine verlässliche Vorsorge dar. Die Stellschrauben für das Wirtschaftshandeln liegen im Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Energie-, Rohstoff- und Materialeffizienz sowie der Nutzung der natürlichen Ökosystemleistungen wie der CO₂-Speicherung in Mooren oder der Sauerstoffproduktion in Wäldern.

Nach dem Grundgesetz *verpflichtet Eigentum und soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen*. Dieses Staatsziel formuliert aus Sicht der SPD einen wichtigen Grundsatz: Die Interessen von Eigentümern und Wirtschaft müssen mit den Schutzbelangen der Umwelt in Einklang

gebracht werden. Dafür ist eine leistungsfähige und interdisziplinär versierte Umweltverwaltung notwendig. Sie richtet das Politikfeld Umwelt strategisch aus, zeigt Zielkonflikte auf und kommt mit kooperativen Ansätzen zu tragfähigen Lösungen. Die ehrenamtlichen Interessenvertretungen und Bürgerinitiativen haben in diesem Prozess eine verantwortliche Stellung.

Die SPD geht dabei konform mit Zielen der EU-Richtlinien wie Emissionshandel, Wasserrahmenrichtlinie, Erneuerbare Energien, Luftreinhaltung. Die Umsetzung in nationales Recht erfordert administrativen Sach- und Fachverstand, der auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene eng vernetzt sein muss. Deutschland gilt anderen EU-Ländern als Vorbild und setzt zukunftsorientierte Maßstäbe.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- verantwortungsvoll am Schutz von Klima, Umwelt und Natur mitwirken. Dies sichert Lebensqualität für nachkommende Generationen,
- alle EU-Förderinstrumente zur Finanzierung der Maßnahmen im Klima-, Umwelt- und Naturschutz nutzen,
- rechtliche Rahmenbedingungen und Programme bei Fehlentwicklungen wie der Nitratbelastung im Grundwasser neu fassen, um Langzeitschäden der Ressourcen auszuschließen.

4. Klimaschutz – Agenda für Lebensqualität und Wirtschaftskraft

Die Klimaschutzpolitik der SPD folgt dem ganzheitlichen Ansatz, die weltweite Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Dabei geht es um zwei grundsätzliche Handlungsfelder: eine strategische Ausrichtung zum Schutz des Klimas, die weitere Klimaschäden begrenzen soll; und um gezielte Anpassungen an den Klimawandel, die dem Erhalt der Lebensqualität und der Wirtschaftskraft dient.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- eine „Agenda Klimaschutz“ mit zwei übergeordneten Zielen auflegen: Bis zum Jahr 2050 sollen die Emissionen von Treibhausgasen um mindestens neunzig Prozent (Vergleichsjahr 1990) und der Primärenergiebedarf um fünfzig Prozent verringert werden.

Entscheidend dabei ist eine Analyse der Möglichkeiten, die Energieversorgung komplett auf Erneuerbare Energien umzustellen und den CO₂-Ausstoß weiter konsequent zu minimieren. Gleichzeitig sind Energieeinsparpotenziale zu ermitteln und Chancen der Energieeffizienzsteigerung umzusetzen. Der Masterplan Klimaschutz wird für alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche gelten – für Energieerzeugung, Industrie und Handel, Verkehr, Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe. Eine enge Vernetzung des Masterplans mit den Aktivitäten auf lokaler Ebene wird den Klimaschutz in Niedersachsen vorbildlich nach vorn bringen.

Anpassungsstrategien an die Folgen des Klimawandels müssen sich in Niedersachsen an den „Verwundbarkeiten“ seiner natürlichen und wirtschaftlichen Standortfaktoren ausrichten:

- Luftreinhaltung und Luftqualität, insbesondere in den Metropolregionen,
- Hochwasserschutz an der Küste und im Binnenland,

- Grund- und Trinkwassermanagement,
- Bodenfunktionen wie CO₂- und Wasserspeicherkapazitäten, Rohstoffe und Bodenschätze,
- Qualität und Artenvielfalt in Ökosystemen wie Wald, Moore, Grünland,
- Infrastruktur wie Verkehr und Versorgungseinrichtungen,
- Forst-, Land und Fischereiwirtschaft, Garten- und Obstbau,
- Naherholung und Tourismus.

Darauf aufbauend wird der Masterplan Klimaschutz regionale Unterschiede erfassen, die Landesraumordnung einbeziehen und den demografischen Wandel berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wird die SPD Klimaschutz mit klaren Vorgaben und konkreten Zielen betreiben, um Lebensqualität und Wirtschaftskraft in Niedersachsen zu erhalten.

5. Nachhaltigkeit – Leitgedanke aller Entwicklungen

Umweltschutz als zentrales Politikfeld der Zukunftssicherung ist seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 untrennbar mit dem Begriff der Nachhaltigkeit verbunden. Eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat die Regierung Schröder im Jahr 2002 beschlossen. Für die SPD bleibt Nachhaltigkeit der Leitgedanke für gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Ausrichtung.

Im Umweltschutz sind nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaft mittlerweile etwa 1,8 Millionen Menschen beschäftigt. Das entspricht heute etwa 4,5 % aller Beschäftigten und ist mit der Prognose verbunden, dass in diesem Sektor überdurchschnittliche Zuwächse zu erwarten sind.

Neben den klassischen Schutzgütern des Ökosystems wie Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt hat die staatliche Umweltpolitik alle Auswirkungen gesellschaftlicher Lebensformen wie Lärm, Abfall und Atommüll zu erfassen. Besonders Einflüsse, die sich langfristig auf Gesundheit und Umwelt auswirken, sind zu bewerten. Die Entwicklung des technischen Umweltschutzes ist wichtig, um negative Auswirkungen von Emissionen und Immissionen zu verringern oder zu vermeiden.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- dafür sorgen, dass die Umweltberichterstattung über die Erfassung von ökologischen Daten und Fakten bis zur strategischen Entwicklung des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes und der Energiewende sichergestellt wird,
- einen „Umweltpakt“ mit Industrie und Wirtschaft schließen, um vorsorgenden Umweltschutz und Vermeidung künftiger Umweltbelastungen zu erreichen. Der Pakt soll auf freiwilliger Basis der Stärkung der Eigenverantwortung dienen und in den Betrieben zur Verbesserung der Umweltqualität und zu Kostenreduzierungen führen,
- ein strategisches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des siebten Umweltaktionsprogramms der EU erarbeiten, das sich gegenwärtig im Konsultationsprozess befindet und 2013 in Kraft treten wird,

- einen Förderfonds „Umweltbildung – Verantwortung für die Zukunft“ auflegen, an dem sich Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaften beteiligen sollen. Ziel ist es, gemeinsam über verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen zu informieren.

Mit diesen Projekten wird das Land Niedersachsen seine Vorreiterrolle im Umweltschutz zurückgewinnen und die Zukunftssicherung für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit gewährleisten.

6. Naturschutz – Strategie für „Naturkapital Niedersachsen“

Intakte Ökosysteme bilden die Grundlage zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten. Sie üben Schutzfunktionen aus und stellen kostenfreie Leistungen zur Verfügung. So mindern Auellandschaften Hochwassergefahren und nehmen Stickstofffrachten auf. Gehölze und Wälder filtern Schadstoffe aus der Luft, binden CO₂, erzeugen Sauerstoff und tragen zum Lärmschutz bei. Die Selbstreinigungskraft der Gewässer ist genauso wertvoll wie die Grundwasserneubildungsraten durch intakte Moore, Feuchtgrünländer und durch Wälder. Dies spart Kosten einer technischen Aufbereitung des Trinkwassers.

Niedersachsen besitzt mit 38 % den höchsten Anteil an Moorböden in Deutschland. Ressourcensparender Umgang und nachhaltiger Klimaschutz muss dabei kurzfristigen Vermarktungsstrategien wie Torfabbau und Landwirtschaft Grenzen setzen. Moorböden sind ein bedeutender Speicher von Kohlenstoff. Die vielfältigen Naturlandschaften mit ihren Erholungs- und Freizeitfunktionen stellen schließlich einen bedeutenden Standortfaktor für Naherholung und Tourismus dar.

Die SPD wird für die Naturschutzpolitik die Partnerschaft von Wirtschafts- und Sozialpartnern suchen. Dabei ist sie auch auf bürgerschaftliches Engagement der Umwelt- und Naturschutzverbände angewiesen.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- mit dem Plan „Naturkapital Niedersachsen“ den vielfältigen Wert der Natur und ihrer Dienstleistungen zusammenfassen. Ziel ist es, die Beziehungen von Industrie und Wirtschaft zu den Ökosystemen darzulegen. Hieraus können Strategien abgeleitet werden, die die Risiken für biologische Vielfalt (Biodiversität) und Ökosystem mindern.
- eine „Strategie der biologischen Vielfalt Niedersachsen“ in Analogie zur Nationalen Strategie der Bundesregierung von 2007 auflegen. Die Strategie formuliert eine konkrete Zukunftsvision und legt für alle Themen der biologischen Vielfalt Qualitäts- und Handlungsziele fest.
- in den EU-Förderprogrammen gemeinsame Nutzungsformen mit der Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft erarbeiten, um zum Schutz der biologischen Vielfalt beizutragen. Kooperationen für die Ziele des Naturschutzes sind unerlässlich.
- das Weltnaturerbe Wattenmeer durch stärkere internationale Abstimmung und ein integriertes Konzept weiter schützen und entwickeln.
- Moorböden als wichtigen CO₂-Speicher vor klimaschädlichen Nutzungen schützen, die Umwandlung von Grünland auf Moorböden und in Überschwemmungsgebieten stoppen, im Landesraumordnungsprogramm den Schutz der Moore mit

Maßnahmenplänen zur Wiedervernässung der Hoch- und Niedermoore verankern und den industriellen Torfabbau beenden.

- die Nationalparks und Biosphärenreservate stärken. Sie genießen höchsten Schutz in den Regionen und dienen der Entwicklung des Tourismus.
- die Einrichtung von biologischen Stationen in geeigneten Trägergemeinschaften mit Kommunen und Umweltverbänden modellhaft unterstützen.
- das Naturschutzrecht als eigenständiges Fachrecht EU- und zukunftsgerecht wieder stärken, ausbauen und als rechtliche Grundlage gleichwertig mit anderen Fachrechten behandeln.